

*Patrick Horst*

## Halbzeitwahlen 2018 in den USA

Ausbalancierung Trumps bei Wahlbeteiligung und Ausgaben in Rekordhöhe – Demokraten erobern das Repräsentantenhaus, sieben Gouverneursämter und sechs Staatenhäuser

### *1. Einleitung*

Die ersten Halbzeitwahlen (»midterm elections«) nach dem unerwarteten Sieg des politischen Außenseiters Donald J. Trump bei der Präsidentschaftswahl 2016 wurden in den USA mit Spannung erwartet: Würde es den Demokraten gelingen, der Republikanischen Partei wenigstens eines der beiden Häuser des Kongresses zu entreißen und dem Präsidenten in der Zukunft eine ernstzunehmende politische Gegenwehr entgegensetzen? Und wie würden die Demokraten bei den Gouverneurs- und Landtagswahlen abschneiden, wo das Übergewicht der Republikaner nach acht Jahren der Präsidentschaft Barack Obamas auf ein noch nie dagewesenes Ausmaß angewachsen war?<sup>1</sup> Den einzelstaatlichen Wahlen wurde auch deshalb eine besondere Aufmerksamkeit zuteil, weil nach der Neuzuteilung der Kongressdistrikte auf die Einzelstaaten im Gefolge des Zensus‘ 2020 (»reapportionment«) ihre Neuziehung (»redistricting«) für das kommende Jahrzehnt ansteht. Die Republikaner haben im zurückliegenden Jahrzehnt bei Wahlen zum Repräsentantenhaus (und zu den Landtagen) davon profitiert, dass sie nach den Halbzeitwahlen 2010 eine große Zahl von Einzelstaaten dominieren und dort die Wahlkreisgrenzen zu ihrem Vorteil ziehen konnten. Für die Demokraten kam es 2018 darauf an, Boden gegenüber den Republikanern in den Einzelstaaten gutzumachen. Die Gouverneurswahlen waren darüber hinaus – wie auch die Senatswahlen – wichtige Fingerzeige für die Präsidentschaftswahl 2020.

Der Beitrag<sup>2</sup> diskutiert zunächst einschlägige theoretische Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens in »midterm elections«. Halbzeitwahlen sind keine Präsidentschaftswahlen;

---

<sup>1</sup> Vgl. Patrick Horst, »Gouverneurs- und Legislativwahlen im fragmentierten Föderalismus der Obama-Jahre: Ringen um einzelstaatliche Autonomie« in: Winand Gellner / Patrick Horst (Hg.), *Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas: Eine erste Bilanz*, Wiesbaden 2016, S. 53-83.

<sup>2</sup> Einige der hier präsentierten Analysen sind in kondensierter Form bereits vorab veröffentlicht worden in: Patrick Horst, »Trump, beide Parteien und die US-Demokratie in Trouble. Die Republikaner verlieren bei den Halbzeitwahlen 2018 flächendeckend, können aber erwartungsgemäß den Senat halten« in:

insofern steht zu erwarten, dass in ihnen (auch) andere Faktoren auf das Wahlverhalten einwirken als in Präsidentschaftswahlen, aus denen die US-Wahlforschung ihre Erkenntnisse zumeist gewinnt. Vier einschlägige Erklärungsmodelle für die Zwischenwahlen sind der »Surge-and-Decline«-Ansatz, das Referendumsmodell, die These eines ideologischen Ausbalancierens (»balancing«) und das Theorem des »strategischen Politikers«. Diese Erklärungsansätze werden dann auf den spezifischen Kontext und den Vorlauf der 2018er-Wahl übertragen und zu Prognosen verdichtet: Welche Ergebnisse ließen Performanz und Popularität des Präsidenten, die Themen und Kandidaten des Wahlkampfes, das Interesse der Bevölkerung an der Wahl sowie die strategischen Kalküle der Amtsinhaber und Herausforderer erwarten? Es schließen sich Präsentation und Erklärung der Wahlergebnisse an. Der Beitrag endet mit einem Ausblick auf die Präsidentschaftswahl 2020.

## 2. Theoretische Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens in Halbzeitwahlen

Die »Surge-and-Decline«-Theorie wurde bereits 1960 von Angus Campbell entwickelt und stellt auf die unterschiedlichen Beteiligungsraten in verschiedenen Klassen von Wahlen ab.<sup>3</sup> Campbell hatte beobachtet, dass Wahlen »hoher Stimulierung«, die auf ein starkes Interesse der Wählerschaft stießen, auch zu höheren Wahlbeteiligungen führten als Wahlen »niedriger Stimulierung«, die kein sonderlich starkes Echo in der Wählerschaft fanden. Präsidentschaftswahlen können zwar auch unterschiedlich starkes Interesse hervorrufen; als Klasse sind sie jedoch generell den Wahlen »hoher Stimulierung« zuzurechnen. Anders ist es bei den regulären Halbzeitwahlen (auch »off-year elections« genannt), die als Wahlen »niedriger Stimulierung« in der Regel eine deutlich niedrigere Wahlbeteiligung aufweisen. Der gleichsam natürliche Zyklus einer Zunahme (»surge«) der Wahlbeteiligung in Präsidentschaftswahljahren und ihrer Abnahme (»decline«) in den darauffolgenden Zwischenwahlen führt zu dem berühmten Halbzeiteffekt (»midterm effect«), bei dem die Partei des amtierenden Präsidenten regelmäßig Sitze im Kongress verliert, nachdem sie zwei Jahre zuvor genauso regelmäßig Sitze zugelegt hat (»presidential coattails«). Die generell politisch weniger interessierten, »peripheren« Wähler, die sich von dem Spektakel der Präsidentschaftswahl zum Wählen mobilisieren ließen, bleiben zwei Jahre später oft zuhause.

---

*regierungsforschung.de*, 11.12.2018. Diese Kurzanalyse legt den Fokus auf die Frage, welche Schlussfolgerungen sich aus den Halbzeitwahlen für den Zustand der US-Demokratie ziehen lassen.

<sup>3</sup> Angus Campbell, »Surge and Decline: A Study of Electoral Change« in: *Public Opinion Quarterly* 24, Nr. 3 (1960), S. 397-418.

Besonders verlässlich ist der Halbzeiteffekt bei Wahlen zum Repräsentantenhaus (im Folgenden: Haus) anzutreffen – hier kann er als »Gesetz« bezeichnet werden: Seit dem Amerikanischen Bürgerkrieg hat es überhaupt nur drei Zwischenwahlen gegeben (1934, 1998 und 2002), in denen der »midterm effect« nicht eingetreten ist.<sup>4</sup> In den 18 Halbzeitwahlen von 1946 bis 2014 hat die Partei des Präsidenten in 16 Fällen Sitze bei den Wahlen zum Haus verloren – im Durchschnitt 26 pro Wahl. Im Senat war dies immerhin noch in 13 der 18 Zwischenwahlen der Fall, das sind 72 Prozent aller Fälle. Auch hier gibt es also einen Halbzeiteffekt, er tritt nur unregelmäßiger auf und ist mit durchschnittlich vier Sitzen Verlust seit 1946 nicht so stark ausgeprägt wie im Haus.<sup>5</sup> Die Gründe für die größere Unregelmäßigkeit des »midterm effect« im Senat liegen unter anderem in der längeren sechsjährigen Amtszeit der Senatoren und der Staffelung ihrer Wahlen begründet. In den ersten Halbzeitwahlen einer Präsidentschaft steht dasjenige Drittel der Senatoren zur Wiederwahl an, das zuletzt (oder auch zuerst) bei der Präsidentschaftswahl von vor sechs Jahren gewählt worden ist.

Anders als die Senatoren im Bund sind die einzelstaatlichen Gouverneure und Parlamentarier den nationalen Stimmungslagen wiederum stärker ausgesetzt. Die Anfälligkeit für nationale Wählerumschwünge ist nicht in allen Staaten gleich stark: die Struktur und Intensität des Parteienwettbewerbs, Amtszeitbegrenzungen (für Gouverneure und/oder Mitglieder der Landtage), der Professionalisierungsgrad der Landtage und regionale politische Kulturen wirken sich auf die Volatilität der Wahlergebnisse aus.<sup>6</sup> Im Durchschnitt aller Staaten bewegen sich die Halbzeiteffekte etwa in der Größenordnung der Wahlen zum Haus. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts hat die Partei des Präsidenten nur in zwei Halbzeitwahlen (1926 und 1986) keine Verluste hinnehmen müssen, in zwei weiteren Wahlen (1998 und 2002) konnte sie die Zahl ihrer Gouverneure konstant halten. In den restlichen 25 Wahlen seit 1902 verlor sie Gouverneure, im Durchschnitt der Wahlen 1946 bis 2014 vier Gouverneursämter.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. Barry C. Burden / Amber Wichowski, »Local and National Forces in Congressional Elections« in: Jan E. Leighley (Hg.), *The Oxford Handbook of American Elections and Political Behavior*, Oxford 2010, S. 458.

<sup>5</sup> Berechnet nach *Vital Statistics on Congress: Data on the U.S. Congress*, Washington, D.C., Updated May 2018, Chapter 2: Congressional Elections, Table 2-4, [https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2017/01/vitalstats\\_ch2\\_full.pdf](https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2017/01/vitalstats_ch2_full.pdf), Zugriff: 21.11.2018.

<sup>6</sup> Vgl. Peverill Squire / Gary Moncrief, *State Legislatures Today: Politics Under the Domes*, Boston 2010, S. 63-69.

<sup>7</sup> Berechnet nach National Governors Association (NGA), *Governors' Party Affiliations, 1900-2017*, <https://classic.nga.org/files/live/sites/NGA/files/pdf/directories/PartyAffiliation.pdf>, Zugriff: 21.11.2018.

Bei den Landtagswahlen hat die Partei des Präsidenten sogar seit 1902 in 27 von 29 Zwischenwahlen Sitze verloren – im Schnitt landesweit 400 Sitze.<sup>8</sup>

Die Stärke der »Surge-and-Dcline«-Theorie liegt darin, dass sie unabhängig von kurzfristig auf die Wahl einwirkenden Faktoren Veränderungen im Wahlverhalten und Nichtwahl erklären kann. Sie stellt eine plausible Erklärung für das Rätsel dar, dass in nahezu jeder Halbzeitwahl ein Verlust für die Partei des Präsidenten eintritt. Dennoch bleibt sie unbefriedigend, weil sie keine überzeugende Erklärung anbietet für Wirkungen, die der spezifische Kontext einer Wahl, die Leistungsbilanz und Popularität des amtierenden Präsidenten oder inhaltliche und personelle Alternativen auf die Wahlentscheidung haben. Das Referendumsmodell reagiert auf dieses Manko, indem es die unterschiedliche Größe des jeweiligen Halbzeitverlustes der Partei des Präsidenten als eine Funktion der – in erster Linie: ökonomischen – Leistungsbilanz des Präsidenten sieht. Je höher seine Popularität oder je besser die ökonomische Performanz, desto niedriger fällt der »midterm effect« aus.<sup>9</sup> Neuere Anwendungen des Referendumsmodells nutzen als ökonomische Indikatoren zumeist das Wachstum des realen Bruttozonalproduktes oder des real verfügbaren Haushaltseinkommens pro Kopf – jeweils im zweiten und dritten Quartal des Wahljahres. Die Beschränkung der retrospektiven Bewertung auf die ökonomische Situation unmittelbar vor der Wahl wird damit begründet, dass die Wähler kurzfristig (»myopic voters«) seien und ihnen längerfristige Zusammenhänge verborgen blieben.<sup>10</sup>

Das Bild, das sich die Anhänger des Referendumsmodell vom Wähler machen, ist wenig schmeichelhaft; stellenweise erscheint er geradezu als ignorant.<sup>11</sup> Andere Erklärungsmodelle des Verhaltens in Kongresswahlen trauen dem Wähler etwas mehr zu und geben sich nicht mit einer fehlerhaften retrospektiven ökonomischen Leistungsbilanz des Präsidenten zufrieden. Andere als wirtschaftliche Themen können bei der Bewertung der Wähler – je nach

---

<sup>8</sup> National Conference of State Legislatures (NCSL), 2018 Legislative Races by State and Legislative Chamber, 28.02.2018, [www.ncsl.org/research/elections-and-campaigns/2018-legislative-races-by-state-and-legislative-chamber.aspx](http://www.ncsl.org/research/elections-and-campaigns/2018-legislative-races-by-state-and-legislative-chamber.aspx), Zugriff: 21.11.2018.

<sup>9</sup> Edward Tuft, »Determinants of the Outcomes of Midterm Congressional Elections« in: *American Political Science Review* 69, Nr. 3 (1975), S. 825, kam aufgrund seiner empirischen Untersuchungen der Halbzeitwahlen von 1938 bis 1970 zu dem Ergebnis, dass eine um zehn Prozentpunkte höhere Zustimmungsrates des Präsidenten für seine Partei im Durchschnitt 1,3 Prozentpunkte im nationalen Stimmresultat wert ist. Eine Zunahme im real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf um 50 Dollar im Wahljahr bewirkte einen durchschnittlichen Stimmzuwachs von 1,8 Prozentpunkten.

<sup>10</sup> Vgl. Christopher H. Achen / Larry M. Bartels, *Democracy for Realists: Why Elections Do Not Produce Responsive Government*, Princeton/Oxford 2016, S. 146-176; Richard Jankowski, »Are Voters Myopic? An Empirical Analysis« in: *Sociology and Anthropology* 6, Nr. 4 (2018), S. 375-385.

<sup>11</sup> Das ist die fundamentale Prämisse im Buch von Achen / Bartels, *Democracy for Realists*, aaO. (FN 10).

Kontext der Wahl, den im Wahlkampf diskutierten Inhalten und den eigenen Policy-Präferenzen – ebenfalls eine Rolle spielen. Ein Modell, das Policy- bzw. ideologische Präferenzen in die Erklärung des Wahlverhaltens miteinbezieht, ist die »Balancing«-Theorie. Ihr zufolge profitiert die Partei, die nicht den Präsidenten stellt, bei Halbzeitwahlen von dem Wunsch einer signifikanten Gruppe von Wählern, dem Präsidenten ein ideologisches Gegengewicht entgegenzusetzen und damit gemäßigte Policies durchzusetzen. Als nützlicher Indikator, diesen Ausgleichseffekt zu messen, hat sich die Entwicklung der Wahlabsichtsfrage (»generic congressional vote«) von Februar bis Oktober des Wahljahres erwiesen. Eine solche Konzeption eines strategisch vorausschauenden Wählers vermag der Tatsache Rechnung zu tragen, dass sich die Amerikaner in den 72 Jahren von 1946 bis 2018 über 46 Jahre hinweg eine geteilte Regierung (»divided government«) gewählt haben.<sup>12</sup>

Kongresswahlen sind, auch wenn sie nach einer in Europa gebräuchlichen Terminologie als »second-order elections«<sup>13</sup> zu bezeichnen wären, nicht allein in ihrer Abhängigkeit von der Präsidentschaftswahl zu verstehen. Sie sind auch Wahlen aus eigenem Recht – und zwar in einem zweijährigen Zyklus 435 Wahlen zum Haus und (mindestens) 33 zum Senat. Die lokalen (Haus) und regionalen (Senat) Bedingungen einer jeden einzelnen Kongresswahl sind deshalb für die Wahlentscheidung ebenso von Gewicht, in der Wahrnehmung der Wähler oftmals von größerer Bedeutung als nationale Einflussfaktoren. Das macht Kongresswahlen für den professionellen Beobachter so schwer zu analysieren, weil die lokalen und regionalen Gegebenheiten zunächst identifiziert werden müssten, bevor ihr Gewicht im Verhältnis zu den nationalen Bedingungen abgewogen werden kann.

Weil dies aus der Vogelperspektive des Beobachters für knapp 470 Einzelwahlen kaum zu leisten ist, hat die US-Politikwissenschaft Heuristiken entwickelt, mit deren Hilfe lokale Faktoren in abstrakter Form erfasst werden können. Dabei zeigte sich, dass bestimmte Verhaltensweisen »strategischer Politiker« vor Ort darauf hindeuten, dass eine lokale Abschottung der Wahl – das Ziel eines jeden Amtsinhabers, damit er mithilfe seiner persönlichen Leistungsbilanz, seines Repräsentationsstiles und seiner Wahlkreispflege

---

<sup>12</sup> Vgl. Alberto Alesina / Howard Rosenthal, *Partisan Politics, Divided Government, and the Economy*, Cambridge 1995; Morris P. Fiorina, *Divided Government*, Boston 1996; Joseph Bafumi / Robert S. Erikson / Christopher Wlezien, »Balancing, Generic Polls and Midterm Congressional Elections« in: *Journal of Politics* 72, Nr. 3 (2010), S. 705-719.

<sup>13</sup> Karlheinz Reif / Hermann Schmitt, »Nine Second-Order Elections – A Conceptual Framework for the Analysis of European Elections Results« in: *European Journal of Political Research* 8, Nr. 1 (1980), S. 3-44.

(»constituency work«) die Wiederwahl sichern kann<sup>14</sup> – gegenüber nationalen Stimmungslagen schwerer als gewöhnlich fällt: Treten ungewöhnlich viele Amtsinhaber der Präsidentenpartei nicht wieder an oder ziehen sich aufs Altenteil zurück, so deutet dies auf ein schweres Jahr für ihre Partei hin. Entscheiden sich auf der anderen Seite besonders viele qualifizierte Politiker der gegnerischen Partei dafür, einen Amtsinhaber herauszufordern und gelingt es ihnen spielend, Wahlkampfspenden einzutreiben, während dies Herausforderern (und auch Amtsinhabern) der Präsidentenpartei schwerfällt, so sind dies ebenfalls sichere Anzeichen für eine nationale Stimmungslage, die gegen die Partei des Präsidenten gerichtet ist. Wähler können so zurecht der Überzeugung sein, dass sie die personellen und inhaltlichen Alternativen im Wahlkreis ihrer Entscheidung zugrunde legen – die Pointe ist, dass diese lokal begründeten Entscheidungen mit den nationalen Einflussfaktoren konform gehen.<sup>15</sup>

### 3. Wahlumfeld, Nachwahlen und Vorwahlen

Die überraschende Wahl Donald J. Trumps zum 45. Präsidenten der USA hat das politische Establishment in Washington – der eigenen Partei, die er gegen ihren Willen »gekapert«<sup>16</sup> hat, wie der Demokraten – in helle Aufregung versetzt; kein Wunder, ist der Sensationserfolg Trumps doch mit dem Versprechen verknüpft, den Sumpf der angeblich korrupten politischen Eliten in der Bundeshauptstadt trockenzulegen (»drain the swamp«). Trump hat aus seiner Sicht nichts unversucht gelassen, dieses Versprechen auch zu erfüllen. Seine Sichtweise ist dadurch gekennzeichnet, dass er all jene – Einzelpersonen nicht anders als tragende politische Institutionen der US-Demokratie – als korrupt oder als »Feinde des Volkes« betrachtet, die sich ihm entgegenstellen. Die regierungskritischen Medien sind für ihn »fake news«, unabhängige Richter Marionetten derjenigen, die sie ernannt haben (»Obama judge«), und öffentlich protestierende Football-Spieler »Hurensöhne«.<sup>17</sup> Mit seiner unverdrossenen Verbreitung von Lügen oder – manchmal schlimmer – von schlichtem »Bullshit«<sup>18</sup> untergräbt

<sup>14</sup> Vgl. Bruce Cain / John Ferejohn / Morris Fiorina, *The Personal Vote: Constituency Service and Electoral Independence*, Cambridge 1987.

<sup>15</sup> Vgl. Gary Jacobson / Samuel Kernell, *Strategy and Choice in Congressional Elections*, New Haven/London 1983, S. 19-34; Gary C. Jacobson / Jamie L. Carson, *The Politics of Congressional Elections*, Lanham 2016, S. 197-205.

<sup>16</sup> Andreas Falke, »Trump im Amt: Ein Sprung in unbekannte populistische Gefilde« in: *Bundeszentrale für politische Bildung*, Bonn, 08.02.2017, <http://www.bpb.de/242231>, Zugriff: 23.11.2018.

<sup>17</sup> Zit. bei Kathy Griffin / Dorian Lynskey, »Taking a knee and Trump: the new era of total protest« in: *The Guardian*, 25.09.2017.

<sup>18</sup> Dass die Verbreitung von »Bullshit« für die Demokratie noch bedrohlicher sein kann als die Verbreitung von Lügen ist das bedenkenswerte Argument von Harry G. Frankfurt, »On Bullshit« in: *Raritan Quarterly Review* Nr. 2 (1986), S. 86-100. Siehe dazu Tobias Hürter, »Bullshit: Weder Wahrheit noch Lüge« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 67, Nr. 13 (2017), S. 23-27.

der Präsident systematisch die Fundamente der Demokratie, die ohne die Respektierung von »Tatsachenwahrheiten« nicht überleben kann.<sup>19</sup> Für Trump reicht es aus, einen Mitarbeiter zu verdammen oder zu entlassen (»you are fired!«), wenn dieser seine Loyalität gegenüber der US-Verfassung oder dem Gesetz über die persönliche Loyalität zum Präsidenten stellt. Trump hat einen demonstrativ autoritären Kurs eingeschlagen, der die US-Demokratie auf die Probe stellt und ein Abgleiten in autoritäre Regierungsformen nicht mehr undenkbar erscheinen lässt.<sup>20</sup>

Die ersten zwei Jahre der Präsidentschaft Trumps waren von Turbulenzen gekennzeichnet, wie sie die US-amerikanische Demokratie seit Watergate nicht mehr gesehen hat: Am 9. Mai kündigte der Präsident die Entlassung von FBI-Direktor James Comey an, der die Einflussnahme Russlands auf die Präsidentschaftswahl 2016 und eine mögliche Konspiration (»collusion«) mit dem Wahlkampfstab von Donald Trump untersucht hatte. Eine Woche später wurde Sonderermittler (»special counsel«) Robert Mueller vom stellvertretenden Justizminister Rod Rosenstein ernannt und mit der Untersuchung dieser Affäre betraut. Die Untersuchungen, die zu Schuldeingeständnissen der Wahlkampfberater George Papadopolous, Paul Manafort und Rick Gates, des kurzzeitigen ersten Nationalen Sicherheitsberaters Michael Flynn, von Trumps Anwalt Michael Cohen und des Republikanischen Lobbyisten Sam Patten führten<sup>21</sup>, hingen wie ein Damoklesschwert über Trump.

Die Presse auf Trab hielt Trump zudem mit den nicht ausgeräumten Interessenskonflikten seiner Familie und zahlreicher Kabinettsmitglieder, mit unablässigen Beleidigungen von politischen Gegnern sowie mit einer Rekordumschlagsgeschwindigkeit im Kabinett und unter seinen Beratern im Weißen Haus. Bis zum Oktober 2018 hatten zehn der zwölf höchstrangigen Berater Trumps das Weiße Haus verlassen (83 Prozent).<sup>22</sup> Von seinen Kabinettsmitgliedern waren zurückgetreten: Stabschef Reince Priebus (28. Juli 2017), Gesundheitsminister Tom Price (29. September 2017), Außenminister Rex Tillerson (13.

---

<sup>19</sup> Hannah Arendt, »Lying in Politics: Reflections on the Pentagon Papers« in: dies., *Crises of the Republic*, New York 1972, S. 1-47.

<sup>20</sup> Vgl. Patrick Horst / Philipp Adorf / Frank Decker (Hg.), *Die USA – eine scheiternde Demokratie?* Frankfurt am Main/New York 2018); Steven Levitsky / Daniel Ziblatt, *How Democracies Die*, New York 2018; Cass R. Sunstein (Hg.), *Can It Happen Here? Authoritarianism in America*, New York 2018.

<sup>21</sup> Vgl. Andrew Prokop, »All of Robert Mueller's indictments and plea deals in the Russia investigation so far« in: *Vox*, 10.10.2018.

<sup>22</sup> Kathryn Dunn Tenpas, »Record-setting White House staff turnover continues with news of Counsel's departure« in: *Brookings FixGov*, 19.10.2018.

März 2018), Minister für Veteranenangelegenheiten David Shulkin (28. März 2018), der Leiter der Umweltschutzbehörde Scott Pruitt (5. Juli 2018) und die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Nikki Haley (9. Oktober 2018 zum Ende des Jahres). Weil sie befördert wurden, machten zudem Heimatschutzminister John F. Kelly (nun Stabschef) und CIA-Direktor Mike Pompeo (Außenminister) ihren Platz frei. Am Tag nach den »midterm elections« entließ Trump dann auch Justizminister Jeff Sessions, den er die vergangenen 20 Monate unablässig öffentlich verunglimpft hatte, weil er sich bereits Anfang März 2017 wegen Befangtheit aus der Russland-Untersuchung zurückgezogen hatte.<sup>23</sup>

Der Exodus prominenter Republikanischer Politiker blieb nicht auf die Exekutive beschränkt. Im Verlauf des 115. Kongresses (2017-19) kündigten 48 der 241 Republikanischen Abgeordneten ihren Rückzug zum Ende der Wahlperiode hin an oder traten vorzeitig zurück. Solche Rückzüge sind immer vielfältig motiviert<sup>24</sup>: fünf Abgeordnete wechselten in die Regierung, eine weitere Handvoll fiel Skandalen zum Opfer und 13 Repräsentanten kandidierten 2018 für den Senat oder ein Gouverneursamt. Die restlichen 25 Abgeordneten wechselten ihren Beruf oder zogen sich aus Alters-, Gesundheits- und anderen Gründen (vorerst) aus der Politik zurück. Unter diesen 25 waren eine Reihe gemäßigter Republikaner aus kompetitiven Wahlkreisen (»swing districts«), die nicht selten als Kritiker des Präsidenten in Erscheinung getreten waren, und Abgeordnete mit hoher Ausschussseniorität. Das gab Spekulationen Nahrung, dass sie vor den immer schwierigeren Arbeitsbedingungen unter Präsident Trump flüchteten, weil sie eine Herausforderung durch Trump-Anhänger in der Vorwahl befürchteten oder mit einer Wahlniederlage der Republikaner im November rechneten, die sie auf die Minderheitsbänke relegieren würde. Der prominenteste Republikaner im Haus, der nicht zur Wiederwahl antrat, war Speaker Paul Ryan (R-WI), der des Öfteren mit dem Präsidenten aneinandergeraten war.<sup>25</sup>

Auch im Senat traten mit Bob Corker (R-TN), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, und Jeff Flake (R-AZ) zwei prominente Trump-Kritiker ihren Rückzug an. Orrin Hatch (R-UT) und Thad Cochran (R-MS) schieden aus Alters- bzw. Gesundheitsgründen aus; Senator

---

<sup>23</sup> Kathryn Dunn Tenpas / Elaine Kamarck / Nicholas W. Zeppos, »Tracking Turnover in the Trump administration« in: *Brookings Report*, 7.11.2018.

<sup>24</sup> Vgl. Patrick Horst, »Strategische Rücktritte von Mitgliedern des 112. und 113. Kongresses: Das Ende der Karriere und der Beginn von etwas Neuem?« in: Gellner / Horst (Hg.), *Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas*, aaO. (FN 1), S. 287-319.

<sup>25</sup> Vgl. U.S. House of Representatives, Press Gallery, *Casualty List 115th Congress (As of 11/13/2018)*, <https://pressgallery.house.gov/member-data/casualty-list>, Zugriff: 23.11.2018.



John McCain (R-AZ), auch er ein kontrollierendes Gegengewicht bei bestimmten Auswüchsen des Präsidenten, verstarb im August 2018 kurz vor seinem 82. Geburtstag. Insgesamt hatten die Republikaner nur in einer Kongresswahl seit 1974 eine ähnlich hohe Anzahl an Pensionierungen zu verzeichnen, 2008 zum Ende des Präsidentschaft George W. Bushs. Die vielen Pensionierungen – besonders im Haus – und die damit einhergehende hohe Zahl an offenen Sitzen waren ein deutliches Signal an die Partei, dass es 2018 schwer werden würde, die Mehrheit im Haus zu verteidigen.<sup>26</sup>

Die Wahlen, die 2017/18 auf dem Weg zu den Halbzeitwahlen zu absolvieren waren, verhiessen ebenfalls wenig Gutes für die Republikanische Partei. Bei den »odd-year elections« im November 2017 in Virginia und New Jersey siegten die Demokraten auf ganzer Linie, gewannen beide Gouverneurswahlen und bauten die Zahl ihrer Sitze in den Landtagen aus.<sup>27</sup> Zwischen April 2017 und August 2018 fanden ferner insgesamt elf Nachwahlen (»special elections«) zum Kongress statt. Eine der wenigen politikwissenschaftlichen Untersuchungen aus jüngerer Zeit über die Nachwahlen kommt zu dem Ergebnis, dass sie meistens zu keiner veränderten Parteikontrolle über den freigewordenen Sitz führen. In den wenigen Fällen, in denen die Parteikontrolle jedoch wechselte, hat die davon profitierende Partei in den nachfolgenden allgemeinen Wahlen gut abgeschnitten.<sup>28</sup> So waren der »Tea Party Wave« von 2010, in der die Republikaner 63 Sitze im Haus hinzugewannen, zwei Zugewinne der Republikaner bei Nachwahlen zum Kongress vorausgegangen. Während des 110. Kongresses (2007-09) hatten die Demokraten in drei Nachwahlen zum Haus Sitze der Republikaner erobert – in den Kongresswahlen von 2008 gewannen sie 21 Sitze im Haus dazu.<sup>29</sup> Auch die Differenz zwischen den Siegesmargen aller Nachwahlen in Relation zu den Siegesmargen bei den vorausgegangenen allgemeinen Wahlen, der sogenannte »swing« zugunsten einer Partei, stellt ein Barometer für die kommenden Wahlen dar.

Auch wenn die Republikaner in acht von zehn Nachwahlen ihren Sitz halten konnten (wie auch die Demokraten Kaliforniens 34. Distrikt), mussten sie doch ausnahmslos einen – zum Teil erheblichen – »swing« zugunsten der Demokraten hinnehmen. Zwei Sitze, der Senatsitz in Alabama und der 18. Distrikt in Pennsylvania, gingen zudem trotz einer erheblichen

---

<sup>26</sup> Vgl. Nathaniel Rakich, »Here Are All the Republicans Retiring from Congress In 2018« in: *FiveThirtyEight*, 26.07.2018.

<sup>27</sup> Vgl. zu den Wahlen *Ballotpedia*.

<sup>28</sup> Vgl. David R. Smith / Thomas L. Brunell, »Special Elections to the U.S. House of Representatives: A General Election Barometer?« in: *Legislative Studies Quarterly* 35, Nr. 2 (2010), S. 283-297.

<sup>29</sup> Vital Statistics on Congress, aaO. (FN 5), Table 2-3.

Republikanischen Parteifärbung an die Demokraten verloren (Tabelle 1). Die Nachwahl zu Georgias 6. Distrikt, dem früheren Sitz von Gesundheitsminister Tom Price (R-GA), entwickelte sich zu einem frühen Referendum über Präsident Trump. Der Kandidat der Demokraten, Jon Ossof, warb Spenden von mehr als 30 Millionen Dollar ein – über 80 Prozent kamen von außerhalb Georgias, allen voran aus Kalifornien und New York. Diesen mit insgesamt 80 Millionen Dollar teuersten Wahlkampf zum Haus in der US-Geschichte konnte Karen Handel (R-GA) nur deshalb gewinnen, weil ihr das »National Republican Congressional Committee«, der »Congressional Leadership Fund« und andere externe Gruppierungen mit Dollarbeträgen in zweistelliger Millionenhöhe beisprangen. Der Jubel war jedoch von kurzer Dauer: Handel sollte als einzige Nachwahlsiegerin ihren Sitz im November 2018 wieder verlieren.<sup>30</sup>

Tabelle 1: Demokratischer »Swing« in den Nachwahlen zum 115. Kongress (2017/18)

Datum	Distrikt/Staat	Sieger	Parteifärbung	Siegesmarge	Swing
04.04.2017	CA-34*	Gomez (D)	D+69	D+87	D+18
11.04.	KS-04	Estes (R)	R+29	R+6	D+23
25.05.	MT-AL	Gianforte (R)	R+21	R+6	D+16
20.06.	GA-06	Handel (R)	R+9	R+4	D+6
20.06.	SC-05	Norman (R)	R+19	R+3	D+16
07.11.	UT-03	Curtis (R)	R+35	R+32	D+3
12.12.	AL Senat	<b>Jones (D)</b>	R+29	D+2	D+31
13.03.2018	PA-18	<b>Lamb (D)</b>	R+21	D+0	D+22
24.04.	AZ-08	Lesko (R)	R+25	R+5	D+20
30.06.	TX-27	Cloud (R)	R+29	R+23	D+6
07.08.	OH-12	Balderson (R)	R+14	R+1	D+13

Die Parteifärbung eines Wahlkreises ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Stimmergebnis des Distriktes und des Landes bei den beiden letzten Präsidentschaftswahlen, wobei die Wahl 2016 mit 75 % und die Wahl von 2012 mit 25 Prozent gewichtet wurde. **Fett** markierte Namen kennzeichnen einen Wechsel in der Parteikontrolle.

\* Ergebnisse aus der »Dschungel-Vorwahl«, in der 19 Kandidaten der Demokraten und vier Vertreter anderer Parteien Stimmen erzielten. Die Ergebnisse spiegeln den Stimmanteil aller Demokraten wider.

Quellen: Nate Silver, »Another Special Election, Another Really Bad Sign for the GOP« in: *FiveThirtyEight*, 25. April 2018; *Ballotpedia*.

Im Laufe des Jahres 2018 gaben die Vorwahlen zum Kongress weitere wichtige Hinweise auf die im November stattfindenden Hauptwahlen. Auch hier deutete sich Unheil für die Republikaner an. Ihnen fiel es deutlich schwerer als den Demokraten, geeignete Kandidaten

<sup>30</sup> Vgl. Jonathan Martin / Alexander Burns, »High-Stakes Referendum on Trump Takes Shape in a Georgia Special Election« in: *New York Times*, 18.06.2017; Alicia Parlapiano / Rachel Shorey, »Who Financed the Georgia Sixth, the Most Expensive House Election Ever« in: *New York Times*, 20.06.2017; Center for Responsive Politics, Most Expensive Races, <https://www.opensecrets.org/overview/topraces.php?cycle=2018&display=allcandsout>, Zugriff: 25.11.2018.

zu rekrutieren. Während noch 2014 (755 R, 646 D) und 2016 (812 R, 700 D) mehr Republikaner (R) als Demokraten (D) in den Vorwahlen zum Haus angetreten waren, war dies 2018 (874 R, 1.077 D) umgekehrt. Die stark angestiegene Zahl der Demokratischen Kandidaturen hatte zur Folge, dass deutlich mehr Amtsinhaber der Demokraten in den Vorwahlen herausgefordert wurden. Waren 2016 nur 28 Prozent der Demokratischen Abgeordneten von einer Herausforderung betroffen, so 2018 immerhin 45 Prozent.<sup>31</sup> Die Folgen kompetitiver Vorwahlen für eine Partei sind umstritten: sie können zu größerer innerparteilicher Zerstrittenheit und im Falle des Sieges »extremistischer« Kandidaten zu Sitzverlusten der Partei in den Hauptwahlen führen; sie können im Saldo der Partei aber auch zu besseren Wahlergebnissen verhelfen.<sup>32</sup>

2018 gab es keine Anzeichen dafür, dass vornehmlich extreme Kandidaten nominiert worden wären: Die Republikaner nominierten unter ihren Kandidaten, die nicht bereits Abgeordnete waren, in etwa genauso viele Kandidaten des Establishment- (76) wie des konservativen Flügels (79) – obwohl deutlich mehr Konservative (319) als Establishment-Republikaner (188) angetreten waren. Bei den Demokraten war es nicht anders: 58 Prozent (140 von 241) der Demokratischen Vorwahlsieger, die als Herausforderer eines Amtsinhabers (»challenger primary«) oder in Rennen ohne Amtsinhaber (»open seat primaries«) nominiert wurden, rechneten sich dem Parteiestablishment zu.<sup>33</sup> In dieses Bild passte, dass nur jeweils zwei Amtsinhaber beider Parteien einer parteiinternen Herausforderin unterlagen: Mark Sanford (R-SC) und Robert Pittenger (R-NC) sowie Joe Crowley (D-NY) und Michael Capuano (D-MA). Nur im Falle Sanfords hatte Trump Herausforderin Katie Arrington (R-SC) aktiv unterstützt. Bei den Demokraten war zwar Alexandra Ocasio-Cortez (D-NY), eine selbsterklärte »demokratische Sozialistin«, eindeutig dem progressiven Flügel der Partei zuzurechnen, Ayanna Pressley (D-MA), die vor ihrer Kongresskandidatur acht Jahre dem Bostoner Stadtrat angehörte, ist jedoch nicht so eindeutig in der »resistance« zu verorten.

---

<sup>31</sup> Elaine Kamarck / Alexander R. Podkul, *Political polarization and congressional candidates in the 2018 primaries*, Brookings Report, 23.10.2018, Section 1: Introduction, <https://www.brookings.edu/multi-chapter-report/political-polarization-and-congressional-candidates-in-the-2018-primaries/>, Zugriff: 25.11.2018.

<sup>32</sup> Vgl. für ersteren Befund Andrew B. Hall, »What Happens When Extremists Win Primaries?« in: *American Political Science Review* 109, Nr. 1 (2015), S. 18-42; für letzteren Caitlin E. Jewitt / Sarah A. Treul, »Competitive Primaries and Party Division in Congressional Elections« in: *Electoral Studies* 35 (2014), S. 140-149.

<sup>33</sup> Kamarck / Podkul, *Political polarization*, aaO. (FN 31), Section 3: What are the internal divisions with each party? Zur wichtigen Unterscheidung verschiedener Vorwahltypen in »incumbent«, »challenger« und »open seat primary« vgl. Robert G. Boatright, *Congressional Primary Elections*, New York/London 2014, S. 111-203.

Die Zahl der Demokratischen Kandidaturen war auch als Reaktion auf die offen zur Schau gestellte Frauenfeindlichkeit des Präsidenten explodiert. Nach der Anfang Oktober 2016 erfolgten Veröffentlichung des entlarvenden »Access Hollywood«-Tonbands, auf dem Trump zu hören ist, wie er sich der sexuellen Nötigung von Frauen rühmt, rollte eine Welle von Enthüllungen über die USA hinweg, in denen mächtige Männer angeklagt wurden, ihre Machtposition ausgenutzt zu haben, um sich Sex von Frauen zu erpressen. Nach dem aufsehenerregenden Skandal um den Hollywood-Filmproduzenten Harvey Weinstein, der Schauspielerinnen über Jahrzehnte sexuell genötigt und auch vergewaltigt hatte, gründete sich die #MeToo-Bewegung, in deren Gefolge weitere Beschuldigungen publik wurden. Die Politik blieb von den Vorwürfen nicht verschont; gelegentlich wurden sogar ganze Parlamente einer Kultur der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz bezichtigt.<sup>34</sup> Kongressmitglieder beider Parteien wurden im Sog der #MeToo-Bewegung zum Rückzug oder Rücktritt gedrängt – Senator Al Franken (D-MN) sowie die Abgeordneten John Conyers (D-MI), Ruben Kihuen (D-NV), Tim Murphy (R-PA), Joe Barton (R-TX), Trent Franks (R-AZ), Blake Farenthold (R-TX) und Patrick Meehan (R-PA).<sup>35</sup>

Frauen in der Demokratischen Partei, auch Angehörige ethnischer oder sexueller Minderheiten, wurden von einer Welle der Empörung getragen und kandidierten in Rekordzahl für den Kongress: Ein Drittel der Kandidaten, die sich 2018 um die Demokratische Nominierung für einen offenen Sitz oder die Herausforderung eines Republikanischen Abgeordneten bewarben, waren Frauen. Vier Jahre zuvor, bei den »midterm elections« 2014 machten die Kandidatinnen nur ein Fünftel unter den Demokratischen Bewerbern aus. Frauen in der Republikanischen Partei fühlten sich dagegen nicht stärker als sonst ermutigt, für ein Kongressmandat zu kandidieren; ihr Anteil am Republikanischen Kandidatenpool stagnierte bei 14 Prozent. Noch wichtiger als der Anteil der Frauen am Bewerberfeld ist aber ihr Anteil unter den Siegern. Im Einklang mit den wissenschaftlichen Befunden zeigte sich, dass Frauen, treten sie erst einmal an, erfolgreicher als Männer sind.<sup>36</sup> 2018 schnitten sie sogar in einem erstaunlichen Maße besser ab: Von 411

---

<sup>34</sup> Molly Reilly, »California Legislature To Probe Sexual Harassment Claims« in: *Huffington Post*, 24.10.2017.

<sup>35</sup> Vgl. U.S. House of Representatives, Press Gallery, Casualty List, aaO. (FN 25); sowie die aktuelle Presseberichterstattung.

<sup>36</sup> Vgl. Jennifer L. Lawless / Richard L. Fox, *It Still Takes a Candidate: Why Women Don't Run for Office*, Cambridge 2010; Richard L. Fox / Jennifer L. Lawless, »Uncovering the Origins of the Gender Gap in Political Ambition« in: *American Political Science Review* 108, Nr. 3 (2014), S. 499-519.

Kandidatinnen (ohne Amtsinhaber) gewannen 164, das sind vier von zehn. Bei den Männern lag die Erfolgsquote demgegenüber nur bei 24 Prozent (294 von 1.226).<sup>37</sup>

#### 4. Wahlkampf und Wahlprognosen

Wahlkämpfe bei Halbzeitwahlen konzentrieren sich, da der Präsident nicht auf dem Wahlzettel steht, stark auf die lokalen und regionalen Gegebenheiten in den Einzelstaaten und Distrikten vor Ort. Traditionell strebt eher die Partei, die nicht den Präsidenten stellt, eine Nationalisierung des Wahlkampfes an, um von der Unpopularität des Präsidenten zu profitieren. Beispiele sind zum Beispiel der Republikanische »Contract for America« in Bill Clintons ersten Halbzeitwahlen 1994, die Opposition der Demokraten gegen George W. Bushs Irakkrieg im Jahre 2006 oder der Wahlkampf der Republikaner gegen Barack Obamas Gesundheitsreform in den Zwischenwahlen 2010. Die Partei des Präsidenten und die Amtsinhaber vor Ort versuchen solche Nationalisierungsstrategien regelmäßig zu unterlaufen, indem sie ihre persönliche Leistungsbilanz in den Mittelpunkt ihrer Kampagne stellen. Häufig versuchen sie auch, sich von einem unpopulären Präsidenten der eigenen Partei zu distanzieren. Der Präsident zieht sich dann oftmals punktuell aus dem Wahlkampf zurück und tritt nicht an der Seite der besonders gefährdeten Abgeordneten und Senatoren seiner Partei auf, um der Opposition keine Angriffsfläche zu bieten.

Trump stellte auch in dieser Hinsicht alle Regeln auf den Kopf: Trotz einer Zustimmungsrate zu seiner Amtsführung, die 45 Prozent nie überstieg – und einer Ablehnungsrate, die nach dem kürzesten präsidentiellen »honeymoon« in der US-Geschichte seit Februar 2017 immer über 50 Prozent lag<sup>38</sup> –, setzte er auf eine aggressive Nationalisierungsstrategie im Wahlkampf. Schon in den Vorwahlen machte er eine Reihe von Unterstützungszusagen (»endorsements«) zugunsten der von ihm präferierten Kandidaten, um unliebsame Kritiker in der eigenen Partei auszuschalten. Umgekehrt sahen die Kandidaten der Republikaner kaum eine andere Chance, als um die Unterstützung Trumps zu buhlen, wollten sie im innerparteilichen Ausscheidungswettbewerb erfolgreich sein. In die Hauptwahlen mischte Trump sich noch stärker ein und machte auf seinen häufigen Wahlkampfauftritten und via Twitter deutlich, dass jede Stimme für einen Republikanischen Kandidaten eine Stimme für ihn sei. Das Programm, für das Trump warb, waren jedoch nicht etwa die radikalen

<sup>37</sup> Kamarck / Podkul, Political polarization, aaO. (FN 31), Section 2: Who runs in congressional primaries?

<sup>38</sup> Siehe Gallup, Presidential Approval Ratings – Donald Trump, <https://news.gallup.com/poll/203198/presidential-approval-ratings-donald-trump.aspx>, Zugriff: 01.12.2018.

Steuersenkungen und die prosperierende Wirtschaft<sup>39</sup>, sondern derselbe rechtspopulistische »America First«-Nationalismus, mit dem er schon 2016 ins Rennen gegangen war.<sup>40</sup> In der heißen Phase des Wahlkampfes Ende Oktober nutzte Trump die »Migranten-Karawane« aus Mittelamerika, um die Angst vor illegaler Einwanderung zu schüren und sendete in reiner Symbolpolitik über 5.000 Soldaten an die mexikanische Grenze.<sup>41</sup>

Aus der Perspektive des Präsidenten machte das durchaus Sinn. Die Dethematisierung der Steuersenkungen und der wirtschaftlichen Erfolge wirkte sich zwar auf die Wahlchancen moderater Republikaner, der »Republicans In Name Only« (RINOs), negativ aus; auf sie aber konnte Trump, den Blick bereits auf seine Wiederwahl 2020 gerichtet, ohnehin verzichten. RINOs sind selten in »battleground states« wie Iowa, Michigan oder Ohio anzutreffen, sondern fast nur in Staaten, die bei Präsidentschaftswahlen eindeutig im Lager der Demokraten (Kalifornien, New York) oder der Republikaner (Texas) stehen. Trumps Wahlkampfstrategie zielte darauf, seine für die Republikanische Partei neugewonnene Anhängerschaft unter den Industriearbeitern, die »Trump Is Great Republicans«<sup>42</sup> (TIGRs), erneut zu mobilisieren, die ihm 2020 die Mehrheit im Electoral College bringen sollen. Zudem wollte Trump die Mehrheit im Senat verteidigen oder sogar ausbauen, um auch weiterhin die für seinen Wahlerfolg wichtigen Nominierungen konservativer Richter durchsetzen zu können. Die gegen großen Widerstand der Demokraten und der #MeToo-Bewegung durchgesetzte Berufung des konservativen Richters Brett Kavanaugh an den Supreme Court war für Trump ein geeignetes Instrument, um seine sozialkonservative Anhängerschaft und die TIGRs zu mobilisieren. Die RINOs und die Mehrheit im Haus war er bereit, dafür zu opfern.<sup>43</sup>

Ein genauer Blick auf die Wahllandkarte im Senat verdeutlicht Trumps Kalkül. Die Republikaner waren 2018 in einem Maße bevorteilt, wie es selten der Fall ist: In 26 der 35

---

<sup>39</sup> Im zweiten und dritten Quartal 2018 war das reale Bruttosozialprodukt um 4,2 und 3,5 Prozent gewachsen – deutlich über dem Durchschnitt von etwa zwei Prozent der vorangegangenen Quartale. Vgl. Bureau of Economic Analysis, Gross Domestic Product, 28.11.2018, <https://www.bea.gov/data/gdp/gross-domestic-product>, Zugriff: 03.12.2018. Die Arbeitslosenrate war von 4,9 Prozent im Oktober 2016 auf 3,7 Prozent im Oktober 2018 gesunken. Vgl. Bureau of Labor Statistics, The Employment Situation – October 2018, 02.11.2018, <https://www.bls.gov/news.release/pdf/empsit.pdf>, Zugriff: 03.12.2018.

<sup>40</sup> Vgl. Robert L. Borosage, »Donald Trump Has an Ugly Midterm Strategy«, in: *The Nation*, 11.06.2018; Stuart Rothenberg, »Breaking the Midterm Mode: Both Parties Make it About Trump«, in: *Roll Call*, 15.10.2018.

<sup>41</sup> Michael D. Shear / Thomas Gibbons-Neff, »Trump Sending 5,200 Troops to the Border in an Election-Season Response to Migrants«, in: *New York Times*, 29.10.2018.

<sup>42</sup> Während RINO ein bereits länger eingeführtes Akronym ist, geht die Erfindung des hübschen TIGR-Begriffs zurück auf: Henry Olsen, »Tomorrow the RINOs Will Take Their Revenge«, in: *National Review*, 05.11.2018.

<sup>43</sup> So auch Rothenberg, Breaking the Midterm Mode, aaO. (FN 40).

anstehenden Rennen (in Minnesota und Mississippi fanden Nachwahlen statt) hatten die Demokraten den Sitz zu verteidigen, nur in neun die Republikaner. Hinzukam, dass alle Republikanischen Sitze mit Ausnahme desjenigen von Dean Heller (R-NV) auf Republikanischem Territorium lagen. Neben Hellers Sitz galt nur derjenige des nicht wieder antretenden Jeff Flake (R-AZ), wie Heller ein Kritiker von Trump, als erreichbar für die Demokraten, die ihrerseits zehn Sitze in Staaten, die Trump 2016 gewonnen hatte, verteidigen mussten. Von diesen zehn galten fünf als besonders gefährdet: die Sitze in Florida (Bill Nelson), Indiana (Joe Donnelly), Missouri (Claire McCaskill), North Dakota (Heidi Heitkamp) und Montana (Jon Tester). Auch Joe Manchin, der in der Trump-Hochburg West Virginia antreten musste, und Bob Menendez (D-NJ), der in einem Korruptionsskandal mit einem Freispruch zweiter Klasse belegt worden war, kämpften um ihr Überleben. Alle seriösen Prognoseinstitute sagten den Republikanern Zugewinne von einem oder zwei Sitzen im Senat voraus.<sup>44</sup>

Die prognostizierten Gewinne der Republikaner im Senat waren aber insofern eine Anomalie, als sie gegen einen nationalen Trend vorhergesagt wurden, der eindeutig die Demokraten begünstigte. Neben der durchgängig negativen Popularität Trumps schlugen hier vor allem die Wahlabsichtsfrage (»generic congressional vote«), in der die Demokraten das ganze Jahr über zwischen sieben und acht Prozentpunkten vor den Republikanern lagen, und die vielen Rückzüge von Republikanern aus dem Kongress zu Buche.<sup>45</sup> Für das Haus sagten die einschlägigen Prognoseinstitute unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten Gewinne der Demokraten zwischen 25 und 40 Sitzen voraus.

Bei den Gouverneurswahlen begünstigte die Wahllandkarte die Demokraten. Sie hatten nur neun Gouverneursämter zu verteidigen, mit Ausnahme Pennsylvanias lagen sie alle in Staaten, die Clinton 2016 gewonnen hatte. In Pennsylvania, das vor zwei Jahren denkbar knapp an Trump gegangen war, saß der populäre Gouverneur Tom Wolf sicher im Amt. Unter den Demokratischen Amtsinhabern, die wieder antraten, galt allein Kate Brown in Oregon als gefährdet. Die Republikaner hatten demgegenüber 26 Ämter zu verteidigen, davon acht in Staaten, die Clinton 2016 gewonnen hatte. Vier ihrer Amtsinhaber im Nordosten der USA

---

<sup>44</sup> Mit den »seriösen Prognoseinstituten« sind hier und im Folgenden gemeint: Charlie »Cook Political Report«, Larry »Sabato's Crystal Ball« und Stuart Rothenbergs und Nathan Gonzales' »Inside Elections«.

<sup>45</sup> RealClearPolitics, 2018 Generic Congressional Vote, 03.11.2018, [https://www.realclearpolitics.com/epolls/other/2018\\_generic\\_congressional\\_vote-6185.html](https://www.realclearpolitics.com/epolls/other/2018_generic_congressional_vote-6185.html), Zugriff: 03.11.2018.

waren jedoch sehr populär und galten als kaum gefährdet: Charlie Baker in Massachusetts, Phil Scott in Vermont, Larry Hogan in Maryland und Chris Sununu in New Hampshire. Bedrohlicher war für die Republikaner, dass die Hälfte ihrer Gouverneure aufgrund von Amtszeitbegrenzungen oder anderen Gründe nicht wieder antrat. Von diesen 13 offenen Rennen galten zehn als gewinnbar für die Demokraten, weil sie auf Demokratischem Terrain oder in »battleground states« wie Florida, Michigan oder Ohio stattfanden. Unter den Republikanern, die wieder antraten, galten Kim Reynolds in Iowa und Scott Walker in Wisconsin als stark gefährdet. Die Wiederwahl des Milliardärs Bruce Rauner in Illinois gegen den noch reicheren J.B. Pritzker (Pritzker Group, Hyatt Hotels) galt als aussichtslos. In der Gesamtbilanz sagten die seriösen Prognoseinstitute den Demokraten einen Zugewinn von bis zu zehn Gouverneursämtern voraus.

#### 4. Wahlergebnisse

Wer die Zuversicht hegte, dass am Tag oder wenige Tage nach der Wahl die vorläufigen amtlichen Endergebnisse vorliegen würden, fand sich schnell auf dem Boden der Tatsachen wieder. Und zu diesen Tatsachen gehört, dass die Kerninstitutionen der US-Demokratie schon seit geraumer Zeit nicht in allerbestem Zustand sind.<sup>46</sup> Hinsichtlich der Integrität des Wahlprozesses ergab ein Vergleich von 24 westlichen Demokratien, dass die USA den letzten Platz belegten – und einige der US-Einzelstaaten, besonders im Süden, schnitten noch deutlich schlechter als der US-Durchschnitt ab.<sup>47</sup> Insofern war es wenig verwunderlich, dass auch 2018 wieder Probleme bei der Wahladministration auftraten. Schon im Wahlkampf war es in Georgia und Kansas, wo die beiden »Secretaries of State« für die Gouverneurswahl kandidierten – und somit zugleich Schiedsrichter der Wahl wie Wettbewerber waren – zu Beschwerden gekommen, dass die Demokratische Wählerklientel durch administrative Hürden an der Wahrnehmung ihres Wahlrechtes gehindert werden sollte. In beiden Staaten war es dem Vertrauen in den Wahlprozess nicht förderlich, dass sie entweder eine lange Historie der Wahlrechtsdiskriminierung hatten (Georgia) oder mit »Secretary of State« Kris Kobach (Kansas) an der Spitze der Republikanischen Bewegung im Kampf gegen

---

<sup>46</sup> Vgl. grundsätzlich Horst / Adorf / Decker (Hg.), Die USA – eine scheiternde Demokratie?, aaO. (FN 20).

<sup>47</sup> Siehe Pippa Norris, *Why American Elections Are Flawed (And How to Fix Them)*, Boston 2016.



vermeintlichen Wahlbetrug standen – ein Kampf, der zuallererst der Abschreckung unliebsamer Wählergruppen dient.<sup>48</sup>

Nach der Wahl waren dann vor allem die Gouverneurswahlen in Georgia und Florida sowie die Senatswahl in Florida so hart umkämpft, dass es zu Nachzählungen kam. Es dauerte mehr als zehn Tage, bis Brian Kemp (R-GA) und Ron DeSantis (R-FL) mit einem jeweiligen Stimmenvorsprung von 0,4 Prozentpunkten als Sieger ihrer Gouverneurswahlen feststanden. Bill Nelson (D-FL) gestand seine Niederlage gegen Rick Scott (R-FL) im Senatsrennen zwölf Tage nach der Wahl ein. Er lag am Ende mit 0,2 Punkten zurück, 10.333 Stimmen aus über acht Millionen abgegebenen Stimmen.<sup>49</sup> Die Auszählungsprobleme in Florida erinnerten an die Präsidentschaftswahl 2000, die George W. Bush nur aufgrund einer umstrittenen Stimmenauszählung in diesem Staat und einem ebenso anfechtbaren Urteil des Supreme Court gewonnen hatte. Die Wahlleiterin eines Bezirks (Broward County) trat zwei Wochen nach der Wahl zurück, weil es zu Unregelmäßigkeiten gekommen war, die möglicherweise Senator Bill Nelson (D-FL) gegenüber seinem Herausforderer, Gouverneur Rick Scott (R-FL), benachteiligt hatten.<sup>50</sup> In North Carolina weigerte sich die Landeswahlbehörde, das Ergebnis des 9. Distrikts aufgrund von Wahlbetrugsvorwürfen amtlich zu bestätigen. Hier findet wahrscheinlich eine Neuwahl statt, eventuell müssen die Republikaner auch ihre Vorwahl wiederholen.<sup>51</sup>

Auch Maßnahmen, die vornehmlich von Demokratischer Seite mit dem Ziel der Erleichterung des Wählens in einzelstaatliche Praxis umgesetzt wurden, haben 2018 organisatorische Probleme gemacht: allen voran die Möglichkeiten der Registrierung am Wahltag (»Election Day registration«), des vorzeitigen Wählens (»early voting«), der Briefwahl (»absentee voting«) und der provisorischen Wahl (»provisional voting«). In der Senatswahl von Arizona galt Martha McSally (R-AZ) über Tage als Siegerin, bevor die später ausgezählten Briefwahl- und provisorischen Stimmzettel das Ergebnis zugunsten von Krysten Sinema (D-AZ) drehten. Im besonders wählerfreundlichen Kalifornien dauerten die Auszählungen Wochen und

---

<sup>48</sup> Patrick Horst, »Wählerausweisgesetze in den Einzelstaaten – Bekämpfung des Wahlbetrugs oder Wahlunterdrückung?« in: Horst / Adorf / Decker (Hg.), *Die USA – eine scheiternde Demokratie?*, aaO. (FN 20), S. 109-128.

<sup>49</sup> Patricia Mazzei / Frances Robles / Maggie Astor, »Rick Scott Wins Florida Senate Recount as Bill Nelson Concedes«, in: *New York Times*, 18.11.2018.

<sup>50</sup> Patricia Mazzei / Frances Robles, »Brenda Snipes, Broward's Embattled Elections Chief, to Resign«, in: *New York Times*, 19.11.2018.

<sup>51</sup> Vgl. mit weiteren Verweisen Molly E. Reynolds, »Understanding the election scandal in North Carolina's 9th district« in: *Brookings FixGov*, 07.12.2018.

veränderten die Ergebnisse laufend. Hier gibt es die umstrittene, anderswo verbotene Möglichkeit des »ballot harvesting«, die es Dritten erlaubt, Briefwahlstimmen von Wählern einzusammeln und am Wahltag gebündelt im Wahllokal abzugeben. Als alle Briefwahlstimmen ausgezählt waren, hatten sieben Republikaner in Kalifornien, darunter alle vier im Orange County, ihre Sitze verloren.<sup>52</sup>

Bei allen Problemen der Wahladministration, von denen die USA auch 2018 wieder geplagt wurden, standen einige Tage nach der Wahl doch die wichtigsten Ergebnisse fest: Das Haus war für die Republikaner verloren – während man anfangs noch eher von Verlusten um die 30 Sitze ausging, wurden es am Ende 40 Sitze. Für die Mehrheit im Senat war die »blaue Welle« jedoch nicht stark genug. Die Demokraten verloren neben Florida ihre Sitze in Indiana (Joe Donnelly), Missouri (Claire McCaskill) und North Dakota (Heidi Heitkamp) deutlich. Dagegen standen nur die Zugewinne in Nevada durch Jacky Rosen und in Arizona durch Kyrsten Sinema, was im Saldo den Republikanern einen Ausbau ihrer Mehrheit um zwei auf nun 53 zu 47 Sitze brachte (Tabellen 2 und 3).

Tabelle 2: Die Ergebnisse der Halbzeitwahlen 2018 (Stand: 11. Dezember 2018)

	Vor der Wahl			Nach der Wahl		
	D	R		D	R	
Senat	49 <sup>1</sup>	51		47 (-2)	53 (+2)	
Haus	195	240		235 (+40)	199 <sup>2</sup> (-41)	
Gouverneure	16	33	1 I <sup>3</sup>	23 (+7)	27 (-6)	
Staaten <sup>4</sup>	8	25	16 geteilt	14 (+6)	21 (-4)	13 geteilt (-3)
Landtage <sup>4</sup>	14	31	4 geteilt	18 (+4)	30 (-1)	1 geteilt (-3)
Staatenhäuser <sup>4</sup>	31	65	2 Patt	37 (+6)	61 (-4)	0 Patt (-2)
Landtags-abgeordnete	3.118	4.101	164 Andere	3.450 (+332)	3.852 (-249)	81 Andere (-83)

<sup>1</sup> Einschließlich Bernie Sanders, I-VT, und Angus King, I-ME.

<sup>2</sup> Dem Republikanischen Kandidaten in North Carolinas 9. Distrikt, Mark Harris (R-NC), ist der Sieg aufgrund von Betrugsverdacht in seinem Umfeld aberkannt worden. Wahrscheinlich kommt es hier zu einer Neuwahl.

<sup>3</sup> Gouverneur Bill Walker (I-AK).

<sup>4</sup> Insgesamt 49 Staaten, 49 Landtage (»legislatures«) und 98 Staatenhäuser (»legislative chambers«). Der Einkammer-Landtag von Nebraska gilt als nicht-parteilich (»non-partisan«), wird aber faktisch – wie aktuell auch das Gouverneursamt – von den Republikanern kontrolliert.

Quellen: New York Times, NCSL, NGA.

<sup>52</sup> Vgl. Colby Itkowitz, »Paul Ryan isn't saying there was voter fraud in California. But...« in: *Washington Post*, 29.11.2018, Adam Liptak, »Arizona Can Ban 'Ballot Harvesting,' Supreme Court Says« in: *New York Times*, 05.11.2018.

Tabelle 3: Die Sieger der Senatswahlen 2018

Demokraten (24)		Republikaner (11)
HI: Hirono 71,1 +42,2	<i>WI: Baldwin 55,4 +10,8</i>	<i>WY: Barrasso 67,1 +37,0</i>
VT: Sanders (I) 67,4 +40	ME: King (I) 54,4 +19,1	<i>UT: Romney 62,6 +31,7</i>
NY: Gillibrand 66,5 +33,0	CA: Feinstein 54,2 +8,4	<i>MS: Wicker 58,8 +19,7</i>
MD: Cardin 64,2 +33,1	NM: Heinrich 54,1 +23,6	<i>NE: Fischer 57,7 +19,1</i>
RI: Whitehouse 61,6 +23,2	NJ: Menendez 54,0 +11,2	<b><i>ND: Cramer 55,5 +11,0</i></b>
MN: Klobuchar 60,3 +24,1	<sup>1</sup> MN: Smith 53,0 +10,6	<i>TN: Blackburn 54,7 +10,8</i>
MA: Warren 60,4 +24,2	<i>OH: Brown 53,2 +6,4</i>	<sup>12</sup> <i>MS: Hyde-Smith 53,9 +7,8</i>
DE: Carper 60,0 +22,2	<i>MI: Stabenow 52,3 +6,5</i>	<b><i>MO: Hawley 51,5 +6,0</i></b>
CT: Murphy 59,4 +19,9	<b><i>AZ: Sinema 50,0 +2,4</i></b>	<b><i>IN: Braun 51,0 +5,9</i></b>
WA: Cantwell 58,7 +17,4	<i>MT: Tester 50,3 +3,5</i>	<i>TX: Cruz 50,9 +2,6</i>
VA: Kaine 57,1 +16,0	<b><i>NV: Rosen 50,4 +5,0</i></b>	<b><i>FL: Scott 50,1 +0,2</i></b>
<i>PA: Casey 55,9 +12,9</i>	<i>WV: Manchin 49,5 +3,2</i>	

<sup>1</sup>Nachwahl bis 2020. <sup>2</sup>Stichwahl. *Kursiv*: Staaten, die Trump 2016 in der Präsidentschaftswahl gewonnen hatte. **Fett**: Parteiwechsel. Quelle: New York Times, U.S. Senate Elections Results, 06.12.2018.

In den Einzelstaaten nahmen die Demokraten den Republikanern sieben Gouverneursvillen ab. Realistisch erwartet werden konnten die Siege in Illinois, Maine, Nevada und New Mexico – alles Staaten, die Clinton 2016 gewonnen hatte. Der Sieg von Laura Kelly im konservativen Kansas war trotz der umstrittenen und wenig erfolgreichen Regentschaft von Gouverneur Sam Brownback (2011-18) und der Nominierung des konservativen Hardliners Kris Kobach (R-KS) eine kleine Sensation für die Demokraten. Meilensteine waren auch die Rückgewinne zweier Staaten, die nach 2010 Vorreiter für konservative Politikexperimente auf einzelstaatlicher Ebene gewesen waren und 2016 Trump den Sieg im Electoral College beschert hatten – Michigan und Wisconsin. Vor allem der Sieg von Tony Evers in Wisconsin über Gouverneur Scott Walker, der sich um eine dritte Amtszeit beworben hatte, war den Demokraten eine Genugtuung. Und in Gretchen Whitmer (D-MI) haben die Demokraten ein frisches, unverbrauchtes Gesicht, das noch zu Höherem berufen sein könnte. Mit Whitmer, Kelly, Janet Mills (D-ME) und Michelle Lujan Grisham (D-NV) waren vier der neugewählten Demokratischen Gouverneure Frauen (Tabelle 4).<sup>53</sup>

<sup>53</sup> NGA, 2018 Gubernatorial Election Results, <https://www.nga.org/governors-2/election-results/>, Zugriff: 02.12.2018.

Tabelle 4: Die Sieger der Gouverneurswahlen 2018

Demokraten (16)	Republikaner (20)	
<i>HI: Ige 62,7 +29,0</i>	WY: Gordon 67,5 +39,8	<i>VT: Scott 55,4 +15,0</i>
<i>CA: Newsom 61,9 +23,8</i>	<i>MA: Baker 66,8 +33,6</i>	OK: Stitt 54,3 +11,1
<i>NY: Cuomo 59,0 +22,2</i>	AR: Hutchinson 65,4 +33,7	SC: McMaster 54,0 +8,0
PA: Wolf 57,7 +16,9	ID: Little 59,8 +21,6	<i>NH: Sununu 52,8 +7,0</i>
<b>NM: Lujan Grisham 57,2 +14,4</b>	TN: Lee 59,6 +21,1	<b>AK: Dunleavy 51,5 +7,0</b>
<b>IL: Pritzker 54,2 +15,0</b>	AL: Ivey 59,6 +19,2	SD: Noem 51,0 +3,4
<i>MN: Walz 53,9 +11,5</i>	NE: Ricketts 59,0 +18,0	OH: DeWine 50,7 +4,3
<b>MI: Whitmer 53,3 +9,6</b>	<i>MD: Hogan 56,2 +13,4</i>	IA: Reynolds 50,4 +3,0
<i>RI: Raimondo 52,8 +15,5</i>	AZ: Ducey 56,0 +14,2	GA: Kemp 50,2 +1,4
<i>CO: Polis 52,3 +8,3</i>	TX: Abbott 55,8 +13,3	FL: DeSantis 49,6 +0,4
<b>ME: Mills 50,8 +7,6</b>		
<i>OR: Brown 50,0 +6,1</i>		
<b>WI: Evers 49,6 +1,1</b>		
<i>NV: Sisolak 49,4 +4,1</i>		
<i>CT: Lamont 49,2 +2,9</i>		
<b>KS: Kelly 47,8 +4,5</b>		

*Kursiv:* Staaten, die Clinton 2016 in der Präsidentschaftswahl gewonnen hatte. **Fett:** Parteiwechsel.

Quelle: New York Times, Governor Elections Results 2018, 06.12.2018.

Die Gewinne der Demokraten in den Einzelstaaten wurden komplettiert durch den Gewinn der Mehrheit in sechs Staatenhäusern: den Senaten in Maine, New Hampshire, Connecticut und Colorado sowie den Häusern in Minnesota und New Hampshire. Den Senat von New York, der zuvor nominell in der Hand der Demokraten war, faktisch aber von einer konservativen Koalition aus Republikanern und abtrünnigen Demokraten kontrolliert wurde, holten sich die Demokraten ebenfalls zurück. Im Haus von Alaska eroberten sich umgekehrt die Republikaner die faktische Mehrheit zurück, nachdem vor der Wahl einige abtrünnige Republikaner mit den Demokraten eine Koalition gebildet hatten. Insgesamt gewannen die Demokraten etwa 330 Abgeordnete und Senatoren in den Landtagen hinzu und blieben damit unter dem durchschnittlichen Zugewinn von 400 Sitzen für die Oppositionspartei im Bund. Die sechs zusätzlichen Staatenhäuser setzten sich in die Kontrolle von vier weiteren Landtagen um. In Kombination mit den neugewählten Gouverneuren werden die Demokraten in Zukunft sechs weitere Einzelstaaten – Colorado, Connecticut, Illinois, Maine, Nevada und New Mexico – komplett kontrollieren, 14 insgesamt. Den Republikanern verbleibt die ungeteilte Kontrolle über 21 Staaten, in 13 Staaten teilen sich Demokraten und Republikaner die Regierung (Tabelle 2).<sup>54</sup>

<sup>54</sup> NCSL, StateVote, <http://www.ncsl.org/research/elections-and-campaigns/statevote-2018-state-legislative-races-and-ballot-measures.aspx>, Zugriff: 02.12.2018.

Neben allen Personenwahlen stehen an US-Wahltagen immer auch Sachfragen zur Entscheidung des Volkes an – jedenfalls in der großen Mehrheit der Einzelstaaten, die Möglichkeiten der Volksinitiative und des Referendums vorsehen. Hier sollen nur diejenigen Volksentscheidungen kurz erwähnt werden, die Fragen der Wahlgesetzgebung zum Gegenstand hatten. In Colorado, Michigan und Utah entschieden sich die Bürger für die Einrichtung unabhängiger Kommissionen zur Ziehung der Wahlkreise für den Kongress oder die Landtage.<sup>55</sup> In Maryland erlaubten die Wähler eine Registrierung am Wahltag, in Michigan und Nevada autorisierten sie eine automatische Wählerregistrierung bei bestimmten Behördenkontakten. Arkansas und North Carolina schrieben sich Zusätze in die Verfassung, die vom Wähler die Vorlage eines Lichtbildausweises verlangten. Die weitreichendste Entscheidung trafen die Wähler von Florida, die verurteilten Straftätern – Mörder und Sexualstraftäter ausgenommen – nach abgeleiteter Strafe ihr Wahlrecht wieder zurückgaben. Im »battleground state« Florida, der Präsidentschaftswahlen entscheiden kann, sind damit 2020 etwa 1,4 Millionen zusätzliche Personen wahlberechtigt. Die Demokraten hoffen, dass dieser Personenkreis mehrheitlich zu ihren Wählern zählen wird. Verurteilte Straftäter machen in Florida etwa ein Zehntel der Bevölkerung im wahlfähigen Alter aus; jeder fünfte Schwarze ist aufgrund einer Verurteilung vom Wählen ausgeschlossen.<sup>56</sup>

### 5. *Wahlanalyse*

Die »midterm elections« 2018 waren in der Hinsicht ein Sonderfall, als sie eine Wahl »hoher Stimulierung« waren. Eine Wahlbeteiligung von 50 Prozent hatte es bei Halbzeitwahlen seit Anfang des 20. Jahrhunderts noch nie gegeben, nur in den 1960er Jahren (1962-70) wurden annähernd so hohe Werte erzielt. Selbst in einer Handvoll von Präsidentschaftswahljahren (1932, 1948, 1980, 1988, 1996) wurde keine so hohe Beteiligung an der Wahl zum Haus erreicht wie 2018. Der »Surge-and-Dercline«-Effekt, gemessen als Differenz in der Beteiligung zwischen den »on-year elections« 2016 und den »off-year elections« 2018, fiel

---

<sup>55</sup> Colorado ist damit künftig der siebte Einzelstaat in den USA, der die Kongressdistrikte von einer unabhängigen Kommission ziehen lässt. Utahs Kommission hat eine beratende Funktion, die Letztverantwortung verbleibt beim Landtag. Vgl. NCSL, Redistricting Commissions: Congressional Plans, 24.11.2018, <http://www.ncsl.org/research/redistricting/redistricting-commissions-congressional-plans.aspx#Primary>, Zugriff: 03.12.2018. Michigans unabhängige Kommission ist nur für den Landtag, nicht für den Kongress zuständig. Vgl. NCSL, Redistricting Commissions: State Legislative Plans, 24.11.2018, <http://www.ncsl.org/research/redistricting/2009-redistricting-commissions-table.aspx>, Zugriff: 03.12.2018.

<sup>56</sup> Vgl. CNN, Ballot Measures, <https://edition.cnn.com/election/2018/ballot-measures>, Zugriff: 03.12.2018; Frances Robles, »1,4 Millions Floridians With Felonies Win Long-Denied Right to Vote« in: *New York Times*, 07.11.2018.

mit sieben Prozentpunkten nur etwa halb so groß aus wie sonst.<sup>57</sup> Das kann in dem ein oder anderen eng umkämpften Rennen den Unterschied machen; dennoch erscheint es unplausibel, die Gründe für die Verluste der Republikaner in der Indifferenz ihrer Wähler zu suchen.

Beide Parteien waren im Gegenteil hochmotiviert – und beiden ist es auch hervorragend gelungen, ihre Wählerbasis zur Wahlurne zu bewegen. Im öffentlichen Diskurs der USA hat sich der Begriff des »Tribalismus« eingebürgert, um die mittlerweile fast schon reflexhafte Rudelbildung zweier verfeindeter politischer Lager zu kennzeichnen.<sup>58</sup> Ein solcher Herdentrieb war auch 2018 wieder in einer nochmals gesteigerten Parteiidentifikation zu beobachten, die Demokraten zu 95 und Republikaner zu 94 Prozent für die Kandidaten ihrer Partei zum Haus votieren ließ. In diesem tribalistischen Sinne – Trump als einer von uns oder einer von denen – waren die Halbzeitwahlen ein Referendum über Trump, wie er es auch angestrebt hatte. Die Wahlen waren jedoch keine Abstimmung über die wirtschaftspolitische Performanz des Präsidenten. Die wirtschaftliche Lage schätzten mehr als zwei Drittel der Wähler gut ein, was den Republikanern hätte zugutekommen müssen. Die Wirtschaft war aber nur für gut ein Fünftel das zentrale Thema in diesem Wahlkampf; die Gesundheitspolitik war ihnen mit Abstand am wichtigsten, gefolgt von der Einwanderungspolitik. Wichtiger als Themen aber waren Identitäten und Zugehörigkeitsgefühle. Knapp zwei Drittel der Amerikaner wollten mit der Wahl ihres Repräsentanten Trump unterstützen (26 Prozent) oder sich ihm entgegenstellen (38 Prozent). Das Lager der Trump-Gegner war deutlich stärker als das der Trump-Anhänger (Tabelle 5).

---

<sup>57</sup> Vgl. Michael McDonald, 2018 November General Election Turnout Rates, <http://www.electproject.org/2018g>, Zugriff: 07.12.2018; Vital Statistics on Congress, aaO. (FN 5), Table 2-1.

<sup>58</sup> Vgl. Andrew Sullivan, »America Wasn't Built for Humans« in: New York Magazine, 18.09.2017.

Tabelle 5: Nationaler Exit Poll der Wahlen zum Repräsentantenhaus

Gruppe	D	R	Gruppe	D	R	Gruppe	D	R
White women 37	49	49	White college women 16	59	39	Support Trump 26	4	95
White men 35	39	60	White college men 15	47	51	Oppose Trump 38	94	4
Black women 6	92	7	White non-college women 21	42	56	Immigr.: too tough 46	90	8
Black men 5	88	12	White non-college men 20	32	66	Policies: okay 50	13	85
Latino women 6	73	26	Democrats 37	95	4	Health care 41	75	23
Latino men 5	63	34	Republicans 33	6	94	Immigration 23	23	75
Asian: 3	77	23	Independents 30	54	42	Economy: 22	34	63
Impeach Trump 39	92	7	Russia investig. justified 41	85	14	Electing wo-: Y 78	66	32
Don't impeach 56	19	78	- politically motivated 54	25	73	men important: N 20	13	84
Good economy 68	39	60	Sexual harassment: Yes 84	61	37	Electing mino-: Y 72	65	34
Poor economy 31	83	14	a serious problem: No 14	20	79	rities important: N 24	16	82

Prozentwerte. Quelle: CNN.

Trump ist ein Minderheitspräsident, und er setzte auch 2018 wieder auf eine Minderheitenkoalition gesellschaftlicher Gruppen, die ihn dafür umso glühender verehren. Dies zeigten die Wahlen zum Senat. Trumps prioritäres Ziel war es, diejenigen Staaten zu gewinnen, die er auch 2016 schon gewonnen hatte und in denen er überdurchschnittlich populär war: Indiana, Missouri, North Dakota und West Virginia. In all diesen Staaten genoss er Popularitätsraten von deutlich über 50, in North Dakota und West Virginia sogar von über 60 Prozent. Den nationalen Trend auf den Kopf stellend, gab es hier mehr Trump-Unterstützer als Trump-Gegner. Seine Kernklientel war überproportional stark vertreten. Alle vier Staaten sind weit überwiegend weiß, ohne einen nennenswerten Anteil von Minoritäten, dazu ländlich oder industriell geprägt. Die weißen Männer ohne College-Ausbildung stellten einen hohen Wähleranteil von 26 bis 29 Prozent. Den Wählern dieser Staaten war es auch wichtig, wie sich ihr Senator in der Kavanaugh-Abstimmung verhalten hatte. Joe Manchin (D-WV) war der einzige Demokrat, der Brett Kavanaugh's Berufung an den Supreme Court zustimmte – und er war der einzige, der wiedergewählt wurde. Claire McCaskill (D-MO), Heidi Heitkamp (D-ND) und Joe Donnelly (D-IN) folgten ihrer Überzeugung (oder der Parteilinie), nicht dem Wunsch ihrer Wähler – und sie wurden deutlich abgewählt (Tabelle 6).

Tabelle 6: Exit Polls der Senatswahlen in Indiana, Missouri, North Dakota und West Virginia

Staat Wahlergebnis Gruppe (G)	Indiana R 51,0 +5,9			Missouri R 51,5 +6,0			North Dakota R 55,5 +11,0			West Virginia D 49,5 +3,2		
	G	D	R	G	D	R	G	D	R	G	D	R
White	86	39	57	84	42	57	90	44	56	93	50	47
White college women	17	56	40	17	59	40	20	58	42	16	61	34
White non-college men	26	31	65	26	33	66	29	35	65	29	42	55
Trump approval	55	10	87	53	8	90	61	11	89	63	28	69
Trump disapproval	44	88	7	46	92	7	38	95	5	35	92	4
Support Trump	32	2	97	34	5	95	31	3	97	34	13	86
Oppose Trump	31	91	3	30	97	3	20	97	3	24	91	7
Kavanaugh vote important	51	35	59	49	43	55	42	37	63	40	51	43
Kavanaugh vote not important	42	51	44	46	52	47	53	57	43	56	52	46

Prozentwerte. Quelle: CNN.

Trumps Konfrontationsstrategie in der Kavanaugh-Nominierung, seine harte Einwanderungspolitik und sein rüder Regierungsstil kamen jedoch nicht überall gleich gut an. Ein bemerkenswertes Ergebnis der Halbzeitwahlen war, dass die »swing states«, die Trump 2016 zum Sieg verholfen hatten, ihn 2018 mit Ausnahme Ohios und Floridas wieder verließen: Wisconsin, Michigan und Pennsylvania wählten sowohl in der Senats- als auch in der Gouverneurswahl Demokratisch. Auch in Staaten mit einem hohen Anteil an Latinos und einer hohen Salienz des Einwanderungsthemas ist seine Strategie zweifelhaft, wenngleich ihm seine Einwanderungspolitik hier anscheinend geholfen hat, am wenigsten noch in Texas. Trotzdem hat Trumps Popularität in Nevada, Arizona und Texas nachgelassen, in Florida stagniert sie bestenfalls. Texas, wo Beto O'Rourke einen beherzten Wahlkampf gegen Ted Cruz um den Senatssitz führte und die Demokraten den Republikanern zwei Sitze im Haus abnahmen, könnte vielleicht schon 2020 zu einem »battleground state« in der Präsidentschaftswahl werden (Tabelle 7).



Tabelle 7: Exit Polls der Senatswahlen in Arizona, Florida, Nevada und Texas

Staat Wahlergebnis Gruppe (G)	Arizona D 49,7 +1,7			Florida R 50,1 +0,2			Nevada D 50,4 +5,0			Texas R 50,9 +2,6		
	G	D	R	G	D	R	G	D	R	G	D	R
White	75	45	53	66	40	60	62	40	56	56	34	66
Black	2	-	-	13	90	10	11	79	18	12	89	11
Latino	18	70	30	15	55	44	18	68	28	26	64	35
Trump approval	50	11	87	51	10	89	47	8	88	49	6	94
Trump disapproval	48	94	5	48	89	8	52	91	4	49	92	7
Support Trump	25	11	86	23	5	95	33	2	97	22	0	100
Oppose Trump	29	97	2	32	97	3	40	95	2	29	88	12
Health care	42	77	20	40	76	24	40	80	17	36	68	30
Immigration	31	16	83	30	17	83	28	20	78	34	27	72
Economy	18	39	60	16	29	71	20	39	56	21	46	54

Prozentwerte. Quelle: CNN.

In der Wahl zum Haus votierten die Amerikaner in erster Linie nicht für Personen, sondern für Parteien. Der Vorsprung der Demokraten im »national popular vote« von 8,6 Prozentpunkten (Stand: 11. Dezember 2018)<sup>59</sup> war groß genug, um den Amtsinhaberbonus vieler Republikanischer Abgeordneter zu neutralisieren. Der Bonus, der schon seit zwei Jahrzehnten im Fallen begriffen ist<sup>60</sup>, war 2018 ausgesprochen niedrig. Nach einer Berechnung betrug er im Haus durchschnittlich 2,7 (im Senat: 2,8) Prozentpunkte.<sup>61</sup> Dies bedeutete, dass sich ungewöhnlich viele Republikanische Abgeordnete aus »swing districts« in höchster Gefahrenzone wiederfanden. Von den (brutto) 43 Demokratischen Zugewinnen im Haus waren nur 13 offene Sitze, die restlichen 30 Sitze eroberten sie sich von Republikanern, die wiederangetreten waren. Die Rekordzahl an Pensionierungen war also nicht, wie im Vorwege befürchtet, hauptverantwortlich für die Niederlage der Republikaner, die 26 ihrer offenen Sitze verteidigten. Dank des »Swing« zugunsten ihrer Partei verloren die Demokraten keinen einzigen Amtsinhaber und auch nur drei offene Sitze (Tabelle 8).

<sup>59</sup> David Wasserman / Ally Flinn, 2018 House Popular Vote Tracker, Cook Political Report, [https://docs.google.com/spreadsheets/d/1WxDaxD5az6kdOjJncmGph37z0BPNhV1fNAH\\_g7lkc0/edit#gid=0](https://docs.google.com/spreadsheets/d/1WxDaxD5az6kdOjJncmGph37z0BPNhV1fNAH_g7lkc0/edit#gid=0), Zugriff: 11.12.2018.

<sup>60</sup> Theodore Landsman, Shifts in Incumbency Advantage in the US House, 25.04.2017, <https://www.fairvote.org/shifts-in-incumbency-advantage-in-the-us-house>, Zugriff: 11.12.2018.

<sup>61</sup> Nathaniel Rakich, How Much Was Incumbency Worth in 2018, 06.12.2018, <https://fivethirtyeight.com/features/how-much-was-incumbency-worth-in-2018/>, Zugriff: 11.12.2018.

Tabelle 8: Mitgliederaustausch im Kongress nach den Kongresswahlen 2018

	Haus		Senat	
	Republikaner	Demokraten	Republikaner	Demokraten
Vor Kongresswahl 2018				
Amtsinhaber	240	195	51	49
- ausgeschieden / offene Sitze	-40	-22	-3	-0
Nicht zur Wahl stehende Senatoren			-42	-23
Amtsinhaber wieder angetreten	200	173	6	26
Amtsinhaber verloren	-30	-0	-1	-4
Amtsinhaber wiedergewählt	170	173	5	22
Herausforderer gewonnen	+0	+30	+4	+1
Offene Sitze verteidigt	+26 <sup>1</sup>	+19	+2	+0
Offene Sitze hinzugewonnen	+3	+13	+0	+1
Nicht zur Wahl stehende Senatoren			+42	+23
Nach Kongresswahl 2018	199 <sup>1</sup>	235	53	47

<sup>1</sup>Das Ergebnis in North Carolinas 9. Distrikt steht aufgrund von Wahbetrugsvorwürfen noch aus.

Quelle: New York Times.

Ihre 43 Zugewinne erzielten die Demokraten vor allem in den »suburbs«, den Außenbezirken und dem Umland von Städten. Das ist RINO- oder TIGR-Land. Von den 25 Kongressdistrikten, die vor der Wahl in der Hand der Republikaner waren, aber 2016 von Clinton in der Präsidentschaftswahl gewonnen wurden, eroberten sich die Demokraten 22, wobei die Zugewinne in Pennsylvania auch von einer gerichtlich angeordneten Neuziehung der Wahlkreise begünstigt wurden. Zehn der Clinton-Wahlkreise hatte auch schon Obama 2012 gewonnen, zwölf von ihnen – mit einer zumeist gebildeten und finanziell gutgestellten Wählerschaft wie im kalifornischen Orange County, dessen vier Kongressdistrikte alle zu den Demokraten wechselten – wählten vor sechs Jahren noch Romney. Neben diesen 22 RINO-Wahlkreisen konnten die Demokraten auch acht Obama/Trump-Distrikte, die Heimat der TIGRs<sup>62</sup>, zurückgewinnen: jeweils zwei in Iowa, New York und New Jersey, dazu jeweils einen in Maine<sup>63</sup> und in Minnesota. Das »Land der 10.000 Seen« war der einzige Staat – neben Pennsylvanias 14. Distrikt, der nach dem »redistricting« eine Parteineigung zugunsten

<sup>62</sup> Zu den Begriffen »Republicans In Name Only« (RINOs) und »Trump Is Great Republicans« (TIGRs) Olson, Tomorrow, aaO. (FN 42).

<sup>63</sup> Maine hat 2018 erstmals nach einem neuen Wahlsystem, der absoluten Mehrheitswahl mit Alternativstimmgebung (»ranked choice voting«) gewählt. Im 2. Distrikt lag Amtsinhaber Bruce Poliquin (R-ME) nach der ersten Auszählungsrunde mit 46,2 Prozent der Stimmen vorne. Nach der Eliminierung der dritt- und viertplatzierten Kandidaten in der zweiten Auszählungsrunde wurde Herausforderer Jared Golden (D-ME) jedoch mit 50,6 Prozent der Stimmen zum Sieger erklärt. Poliquin hat eine Nachzählung beantragt, die am 6. Dezember 2018 begann. Vgl. Maine Department of the Secretary of State, Tabulation of Elections Held in 2018, <https://www.maine.gov/sos/cec/elec/results/results18.html>, Zugriff: 12.12.2018.

der Republikaner von 14 Punkten aufwies<sup>64</sup> – in dem die Republikaner 2018 zwei offene Sitze der Demokraten erobern konnten. Die größte Überraschung aber war, dass die Demokraten 2018 auch 13 Romney/Trump-Distrikte mit Republikanischen Parteineigungen zwischen drei und 13 Punkten gewinnen konnten (Tabelle 9).

Tabelle 9: Die 46 »gekippten« Kongressdistrikte 2018 und deren Abgeordnete

Romney/Clinton-Distrikte (12 D)	AZ-02 Kirkpatrick, CA-25 Hill, CA-39 Cisneros, CA-45 Porter, CA-48 Rouda, CA-49 Levin, IL-06 Casten, KS-03 Davids, NJ-07 Malinowski, TX-07 Fletcher, TX-32 Allred, VA-10 Wexton
Obama/Trump-Distrikte (8 D, 2 R)	IA-01 Finkenauer, IA-03 Axne, ME-02 Golden, <i>MN-01 Hagedorn (R)</i> , MN-02 Craig, <i>MN-08 Stauber (R)</i> , NJ-02 Van Drew, NJ-03 Kim, NY-11 Rose, NY-19 Delgado
Obama/Clinton-Distrikte (10 D)	CA-10 Harder, CA-21 Cox, CO-06 Crow, FL-26 Mucarsel-Powell, FL-27 Shalala, MN-03 Phillips, PA-05 Scanlon, PA-06 Houlahan, PA-07 Wild, WA-08 Schrier
Romney/Trump-Distrikte (13 D, 1 R)	GA-06 McBath, IL-14 Underwood, MI-08 Slotkin, MI-11 Stevens, NJ-11 Sherrill, NM-02 Torres Small, NY-22 Brindisi, OK-05 Horn, <i>PA-14 Reschenthaler (R)</i> , PA-17 Lamb, SC-01 Cunningham, UT-04 McAdams, VA-02 Luria, VA-07 Spanberger

*Kursiv:* Republikaner. Quelle: David Nir, Daily Kos Elections' presidential results by congressional district for 2016, 2012, and 2008, <https://www.dailykos.com/stories/2012/11/19/1163009/-Daily-Kos-Elections-presidential-results-by-congressional-district-for-the-2012-2008-elections>, Zugriff: 04.12.2018.

Zum Siegeszug der Demokraten in »Suburbia« haben unterschiedliche Faktoren beigetragen. In den Clinton-Distrikten in Kalifornien, Florida, Texas und Pennsylvania (Tabelle 9) war die Unpopularität Trumps ein wichtiger Faktor. In Kalifornien kam zum Beispiel seine Privatfehde mit dem scheidenden Gouverneur Jerry Brown (D-CA) nicht gut an. In den Trump-Distrikten in Iowa, Michigan, New York, New Jersey oder Virginia (Tabelle 9) gab dagegen eher das sorgfältig ausgewählte, qualitativ hochstehende Bewerberfeld der Demokraten den Ausschlag. Dabei legten die Demokratischen Rekrutierer ihr Augenmerk nicht so sehr auf die Erfahrung in politischen Wahlämtern, die in Zeiten der weitverbreiteten, tiefen Verachtung politischer Eliten eine ambivalente Qualität ist, sondern auf die Passung der Kandidaten mit ihren politisch eher moderat ausgerichteten Distrikten und deren wachsender Diversität. Hier traten besonders viele Frauen in ihren Dreißigern und Vierzigern mit oftmals beeindruckenden Lebensläufen an. Nicht selten hatten sie neben ihren ungewöhnlichen Karrieren als CIA- oder Navy-Mitarbeiterin, als Frauenrechts- oder Waffenkontrollaktivistin, als Krankenschwester oder Anwältin auch noch Kinder großgezogen. Eine Reihe von ihnen

<sup>64</sup> Laut »Cook Partisan Voting Index«. Siehe David Wasserman / Ally Flinn, 2018 House Popular Vote Tracker, aaO. (FN 59).

hatte für die Obama-Regierung gearbeitet, und alle waren sie nach der Wahl Trumps zum Präsidenten von dem Impuls getrieben, sich nun politisch engagieren zu wollen.<sup>65</sup>

Der politische Enthusiasmus in Zeiten von Trump rief nicht nur eine Rekordzahl gut ausgebildeter Kandidatinnen auf den Plan, sondern mobilisierte auch spendenbereite Parteianhänger, parteinahe Aktivisten und Geldgeber der Demokraten, die Wahlkampagnen in bisher nicht gekanntem Ausmaß finanziell zu unterstützen. Manch eine Kandidatin – vor allem in den 21 Trump-Distrikten, die von den Demokraten erobert wurden – wurde auch dank der Geldflut Demokratischer Kleinspender zum Sieg getragen. Über das Internet-Fundraisingportal »ActBlue« wurden mehr als 1,2 Milliarden Dollar an Demokratische Kandidaten verteilt.<sup>66</sup> Die Demokraten wurden so mit Geld überschwemmt, dass selbst Herausforderer fast immer eine praller gefüllte Wahlkampfkasse hatten als die Republikanischen Amtsinhaber. In den 21 Trump-Distrikten, die von den Demokraten gewonnen wurden (Tabelle 9), hatte allein Mia Love in Utahs 4. Distrikt mehr Spenden eingeworben als ihr Demokratischer Herausforderer, was mit ihrem nationalen Kultstatus als einzige schwarze Republikanerin im Kongress zusammenhing. Auch das half ihr jedoch nicht; sie verlor nach einem Auszählungsmarathon mit 694 (aus 269.234 abgegebenen) Stimmen Rückstand auf Herausforderer Ben McAdams (Tabelle 9). Karen Handel in Georgias 6. Distrikt zählt hier nicht, weil sie das meiste Geld bereits in der Vorwahl gegen Jon Ossoff ausgab, sodass sie in der Hauptwahl gegen Lucy McBath ebenfalls unterfinanziert war (Tabelle 10).

Das Bild wird noch dramatischer, wenn die unabhängigen Ausgaben (»outside spending«) der sogenannten Super PACs, denen durch das »Citizen United«-Urteil des Supreme Court aus dem Jahre 2010 Tür und Tor geöffnet wurde, mitberücksichtigt werden. Zwar gelang es einigen Republikanern, ihren persönlichen Finanznachteil dank der unabhängigen Ausgaben zu reduzieren – so Dan Donovan und John Faso in New York, Keith Rothfus in Pennsylvania oder Dave Brat in Virginia (Tabelle 10) –, aber in den meisten Fällen vergrößerten die externen Ausgaben noch die Geldvorteile der Demokraten. Sie profitierten zudem von einer effektiven Koordination der unzähligen Super PACs, die Demokratische Kandidaten unterstützen wollten, durch das »House Majority PAC«, ein verlängerter Arm der nationalen

---

<sup>65</sup> Vgl. Catie Edmondson / Sheryl Gay Stolberg, »Obama Alumni Return to Washington, This Time as House Freshmen« in: New York Times, 25.11.2018; Tim Alberta, »The Biggest Surprises of the 2018 Midterms« in: Politico, 09.11.2018.

<sup>66</sup> FEC, Spending by the Numbers, <https://www.fec.gov/data/spending-bythenumbers/>, Zugriff: 13.12.2108,

Parteiführung.<sup>67</sup> In der letzten Woche vor der Wahl mobilisierten die Demokraten noch einmal doppelt so viele externe Ausgaben für ihre Kandidaten wie die Republikaner: 82,4 gegenüber 40,5 Millionen Dollar.<sup>68</sup> Michael Bloombergs »Independence USA PAC« tat sich hier wie schon im gesamten Wahlkampf besonders hervor.<sup>69</sup> Der Geldvorteil der Demokraten ist insbesondere im Haus – bei Senatsrennen spielt das Geld eine weniger wichtige Rolle, weil hier die Aufmerksamkeit deutlich größer ist – ein wichtiger Mosaikstein für den Erfolg der Demokraten in der mit 5,8 Milliarden Dollar teuersten Halbzeitwahl der US-Geschichte gewesen.<sup>70</sup>

Tabelle 10: Eingeworbene Spenden und externe Ausgaben in den 21 von den Demokraten hinzugewonnenen »Trump-Distrikten«, in Millionen Dollar

Wk	Demokrat	Spenden	Extern für	Extern gegen	Republikaner	Spenden	Extern für	Extern gegen
GA-06	Ossoff/ McBath	30,4 2,6	1,5 4,6	14,5 1,6	Handel*	8,7	4,0	6,8
IL-14	Underwood	4,7	2,3	0,9	Hultgren*	2,2	0,0	2,6
IA-01	Finkenauer	4,6	0,4	1,0	Blum*	2,3	0,4	1,9
IA-03	Axne	5,2	0,6	3,6	Young*	2,8	0,6	4,0
Me-02	Golden	5,6	0,8	5,2	Poliquin*	4,0	0,4	6,9
MI-08	Slotkin	7,4	5,4	6,2	Bishop*	3,4	0,9	4,3
MI-11	Stevens	4,1	3,6	0,9	Epstein	2,6	0,5	2,5
MN-02	Craig	5,2	0,9	3,0	Lewis*	2,9	0,0	4,5
NJ-02	Van Drew	1,8	0,9	0,0	Grossman	0,3	0,0	0,0
NJ-03	Kim	6,3	0,2	4,9	MacArthur*	4,8	0,3	6,7
NJ-11	Sherrill	8,5	3,0	0,0	Webber	1,7	0,3	1,9
NM-02	Torres Small	4,7	0,6	2,9	Herrell	1,5	0,7	3,4
NY-11	Rose	4,6	0,3	0,0	Donovan*	2,6	1,1	0,4
NY-19	Delgado	9,1	0,6	6,4	Faso*	3,9	1,2	5,5
NY-22	Brindisi	5,0	0,6	6,7	Tenney*	3,2	0,5	7,6
OK-05	Horn	1,2	0,4	0,0	Russell*	0,9	0,1	0,0
PA-17	Lamb*	9,0	1,0	7,9	Rothfus*	3,2	0,2	0,7
SC-01	Cunningham	2,4	0,3	0,2	Arrington	1,6	0,1	0,3
UT-04	McAdams	3,3	0,1	0,8	Love*	5,7	0,9	0,9
VA-02	Luria	4,2	1,3	2,0	Taylor*	3,9	0,6	2,9
VA-07	Spanberger	7,2	0,6	3,6	Brat*	3,3	1,0	3,2

\* Amtsinhaber. Quellen: Center for Responsive Politics (Opensecrets.org), Congressional Elections Total Raised by Candidate (Stand: 26.11.2018), 2018 Outside Spending, by Candidate (Stand: 11.12.2018).

<sup>67</sup> Simone Pathé, »How House Majority PAC Helped Deliver a Democratic Majority« in: *Roll Call*, 14.11.2018.

<sup>68</sup> Brendan Glavin, Democrats Outspending Republicans Two-To-One In Final Independent Spending Push, Washington, D.C.: Campaign Finance Institute, 05.11.2018.

<sup>69</sup> Stephanie Saul / Rachel Shorey, »How Michael Bloomberg Used His Money to Aid Democratic Victories in the House« in: New York Times, 30.11.2018.

<sup>70</sup> FEC, Advanced Data – Spending, <https://www.fec.gov/data/advanced/?tab=spending>, Zugriff: 14.12.2018.

## 6. Ausblick auf 2020

Die wichtigste Konsequenz aus den Halbzeitwahlen ist zunächst, dass Präsident Trump seine Mehrheit im Kongress verloren hat und ab 2019 mit einem geteilten Kongress regieren muss. Die Wähler haben sich für eine Ausbalancierung des Präsidenten durch ein effektives Gegengewicht im Haus entschieden. Für Trump dagegen ist am wichtigsten, dass er den Senat gewonnen hat. Dies ermöglicht ihm, sich zum Sieger der Halbzeitwahlen auszurufen – und es verbessert seine Ausgangssituation für eine Mehrheit im Electoral College 2020. Die Senatsmehrheit garantiert ihm darüber hinaus die Zustimmung für seine Nominierungen konservativer Richter und dient ihm als Schutzwall gegen ein mögliches Impeachment. So sehr die Parteibasis der Demokraten nach einer Amtsanklage des Präsidenten hungert, so aussichtslos ist eine Zweidrittelmehrheit im Senat in der kommenden Wahlperiode und vor der Präsidentschaftswahl 2020. Die neue Sprecherin Nancy Pelosi (D-CA) und der neue Vorsitzende des Justizausschusses im Haus, Jerry Nadler (D-NY), sind gut beraten, ein solches Impeachment nicht zu forcieren.

Mit dem »Durchregieren« war es schon in einem »unified government« schwierig, wie Trump in seinen beiden ersten Jahren zur Genüge erfahren durfte. Außer seinen radikalen Steuersenkungen hat er auf gesetzgeberischem Wege nichts von dem erreichen können, was er im Wahlkampf angekündigt hatte – vor allem keinen Widerruf der Gesundheitsreform und keine Mauer. In einem »divided government« werden Kompromisse nun noch unwahrscheinlicher. Seine Mauer wird Trump auch trotz des »government shutdown« zum Jahreswechsel nicht bekommen; und die vom »lame-duck Congress« kurz vor Weihnachten verabschiedete Strafrechtsreform war das Werk einer parteiübergreifenden Koalition und wird die absolute Ausnahme bleiben. Dass Trump das Gesetz nicht mit einem Veto belegte kann als Weihnachtsgeschenk an seinen Schwiegersohn Jared Kushner, eine treibende Kraft hinter der Reform, verbucht werden. Ansonsten spricht alles dafür, dass Trump die Zuspitzung der politischen Konflikte und die spektakuläre Konfrontation mit den Demokraten einem pragmatischen Regieren vorzieht. Die Gründe dafür sind zahlreich: Trumps Charakter; die Feindschaft der beiden Parteien; die innerparteiliche Zerstrittenheit der Republikaner, aber auch der Demokraten; die Tatsache, dass sich alle Energien auf die Präsidentschaftswahl 2020 richten.

Das führt zu der Frage, wie es denn um die Chancen der Demokraten in der Präsidentschaftswahl 2020 gegen Amtsinhaber Donald Trump bestellt ist. Nun mag es schwierig erscheinen, das Ergebnis einer Wahl vorherzusagen, für die der Kandidat einer Partei noch gar nicht feststeht. Das ist zweifelsohne so. Dennoch gibt es einige politikwissenschaftliche Grundlagenerkenntnisse, die zumindest eine annäherungsweise Antwort auf die Frage erlauben. Die erste Gewissheit ist, dass sich aus dem Ergebnis einer Halbzeitwahl keine direkten Folgerungen für die darauffolgende Präsidentschaftswahl ableiten lassen. Obama bekam 2010 eine Abreibung (»shellacking«) von den Republikanern, trotzdem wurde er zwei Jahre später wiedergewählt.<sup>71</sup> Von Clinton (1996), Reagan (1984) oder Nixon (1972) lässt sich dasselbe sagen.

Das führt zu einer zweiten Gewissheit: Amtsinhaber haben bei ihrer anstehenden Wiederwahl einen Bonus (»incumbency advantage«). Seit den Zeiten Franklin Roosevelts ist nur Jimmy Carter 1980 bei dem Versuch gescheitert, für seine Partei eine zweite Amtszeit nach vier Jahren zu sichern. George H.W. Bushs Niederlage 1992 zählt hier nicht, weil er sich nach acht Jahren Reagan und vier eigenen Jahren als Regierungschef um eine vierte Amtszeit für die Republikaner bewarb.<sup>72</sup> Trump geht also, auch wenn er ein Minderheitspräsident ist, mit einem historisch begründeten klaren Vorteil ins Rennen.

Für Trump spricht, drittens, die seit den Zeiten Reagans kontinuierlich gewachsene Polarisierung zwischen den Parteien. Sie bedeutet, dass die Wähler in verstärktem Maße durchgängig für die Kandidaten einer Partei stimmen (»straight-ticket voting«), sie nicht zwischen Kandidaten beider Parteien hin- und herspringen (»split-ticket voting«) und sie auch nicht von einer Wahl zur nächsten ihre Parteineigung wechseln. Die Volatilität der Wahlergebnisse geht zurück, was auch bedeutet, dass Einzelstaaten bei Präsidentschaftswahlen kontinuierlich für den Kandidaten der Republikaner oder den der Demokraten stimmen. Der Kandidat der Republikaner hat aufgrund der oben angesprochenen Verzerrungseffekte im Elektorengremium bei der Präsidentschaftswahl einen Startvorteil.

---

<sup>71</sup> Vgl. Patrick Horst, »Die US-Präsidentschaftswahl vom 6. November 2012: Obamas Wiederwahl dank verbesserter Zukunftserwartungen, Hurrikan Sandy und einer effektiven Kampagne« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 44, Nr. 1 (2013), S. 38-58.

<sup>72</sup> Vgl. James E. Campbell, »Forecasting the 2016 American National Elections« in: *PS: Political Science & Politics* 49, Nr. 4 (2016), S. 649-654.

Die Demokraten befinden sich also zweifelsohne in Schwierigkeiten. Dennoch sind sie zwei Jahre vor der Wahl, wo so viele fundamentale Einflussfaktoren auf die Präsidentschaftswahl noch nicht feststehen, nicht ohne Hoffnung. Bleibt die Zustimmungsrates zur Amtsführung des Präsidenten in den Regionen, in denen sie sich die letzten zwei Jahre zuverlässig befand, so wäre das ein Alarmsignal für den Präsidenten. Auch über die wirtschaftliche Situation in anderthalb Jahren können wir noch nichts wissen; die Anzeichen für eine Rezession verdichten sich jedoch.<sup>73</sup> Schließlich ist der Kandidat der Demokraten und sein Abschneiden in den Vorwahlen noch nicht bekannt. Ein anerkanntes Prognosemodell nimmt die Ergebnisse in den Vorwahlen zum Indikator für den Ausgang der Präsidentschaftswahl.<sup>74</sup> Sollte es den Demokraten gelingen, ihre Kandidatin mit einem überzeugenden Votum in der Vorwahl auszustatten, und Trump möglicherweise in der Vorwahl herausgefordert werden<sup>75</sup> und ins Straucheln geraten, so würde dies die Chancen der Demokraten erhöhen.

Auch das Ergebnis der Halbzeitwahlen gibt den Demokraten, zumindest indirekt, Hoffnung. Denn auch wenn Trump seine Mehrheit im Senat 2018 ausbauen konnte, so haben die Demokraten doch in einigen wichtigen »battleground states«, die Trump 2016 den Sieg bescherten, sehr gute Ergebnisse erzielen können. In Wisconsin, Michigan und Pennsylvania haben sie 2018 alle landesweiten Wahlen (Senat, Gouverneur) gewonnen und auch in den Wahlen zum Haus erfolgreich abgeschnitten. Verteidigen sie 2020 die Staaten, die Clinton 2016 gewann, und bringen diese drei Staaten in das Demokratische Lager zurück, so hätten sie eine knappe Mehrheit im Electoral College mit dann 278 Stimmen. In diesem Szenario könnten die Demokraten sogar die beiden bevölkerungsreichen »battleground states« Florida und Ohio, die in der Halbzeitwahl 2018 den Republikanern zuneigten, verlieren.

Zum Schluss ein Kaveat: Auch wenn ein erfolgreiches Amtsenthebungsverfahren im Senat und eine Entfernung des Präsidenten aus dem Amt durch sein Kabinett nach Artikel 25 der US-Verfassung in den kommenden zwei Jahren undenkbar erscheinen, so besteht durchaus die Möglichkeit, dass Trump noch 2019 vom Präsidentenamt zurücktritt. Manche Politikbeobachter sehen in den zunehmend »wilderer« Entscheidungen des Präsidenten nach

---

<sup>73</sup> Nancy Cook, »Trump advisers fear 2020 nightmare: A recession« in: *Politico*, 07.12.2018.

<sup>74</sup> Helmut Norpoth, »Primary Model Predicts Trump Victory« in: *PS: Political Science & Politics* 49, Nr. 4 (2016), S. 655-658.

<sup>75</sup> Öffentliche Äußerungen des ehemaligen Gouverneurs von Ohio, John Kasich, oder des Republikanischen Präsidentschaftskandidaten von 2012, Mitt Romney, werden immer wieder so interpretiert, dass sie 2020 gegen Trump in der Vorwahl antreten könnten. Vgl. etwa Rebecca Savransky, »Kasich on running in 2020: My wife wishes I was president« in: *The Hill*, 15.10.2017; Mitt Romney, »The president shapes the public character of the nation. Trump's character falls short« in: *The Washington Post*, 01.01.2019.



den Halbzeitwahlen – die Entlassungen (oder forcierten Rücktritte) von Justizminister Sessions, Stabschef John Kelly und Verteidigungsminister James Mattis, die mit niemandem abgesprochene Ankündigung des Truppenabzugs aus Syrien und Afghanistan sowie der »government shutdown« in der Auseinandersetzung um die Finanzierung der Mauer – eine Strategie, um den Faustpfand zu erhöhen, sollten sich die Republikaner dazu entschließen, Trump zum Rücktritt zu zwingen. Ein solcher Schritt könnte infolge weiterer Enthüllungen von Sonderermittler Mueller, der New Yorker Strafverfolgungsbehörden oder auch aufgrund von Untersuchungsergebnissen des Repräsentantenhauses notwendig werden. Trump würde in einen solchen Rücktritt aber nur unter der Bedingung einwilligen, dass er, seine Familie und die Trump-Organisation keiner Strafverfolgung unterzogen würden.<sup>76</sup> Sollte der Präsidentschaftskandidat der Republikaner 2020 nicht Trump heißen, sondern Pence (oder Romney oder Kasich), so wäre auch dies zweifelsohne ein Vorteil für die Demokraten – unabhängig davon, wen sie ins Rennen um das Präsidentenamt schicken würden.

### *Zusammenfassung*

Die Wahlen zur ersten Halbzeit der Präsidentschaft Donald J. Trumps haben zu einer ideologischen Ausbalancierung des amerikanischen Präsidenten im Kongress geführt. Im Repräsentantenhaus gewannen die Demokraten 40 Sitze hinzu und stellen nach acht Jahren wieder die Mehrheit. Auch in den Gouverneurs- und Landtagswahlen machten die Demokraten Boden gut, ohne allerdings das Übergewicht der Republikaner in den Einzelstaaten brechen zu können. Die Rekordwahlbeteiligung von 50 Prozent und Rekordausgaben im Wahlkampf von 5,8 Milliarden Dollar begünstigten die Demokraten. Das Wahlergebnis war auch ein Referendum gegen einen überaus unpopulären Präsidenten, der darauf verzichtete, die guten Wirtschaftsdaten für sich und seine Partei zu nutzen. Trump zog es vor, Ängste – vor Einwanderern und vor China – zu schüren und so seine besonders rückwärtsgerandete Wählerbasis zu mobilisieren. Diese Wahlstrategie half ihm immerhin, die Mehrheit der Republikaner im Senat leicht auszubauen. Für eine mögliche Wiederwahlkampagne 2020 bietet ihm dies eine gute Ausgangsposition, sollte er bis dahin nicht zum Rücktritt gezwungen werden.

---

<sup>76</sup> So John LeBoutillier, »Predictions: Trump goes, unexpected candidate emerges 2019« in: *The Hill*, 01.01.2019; Alan J. Steinberg, »Trump won't be impeached, but he will leave the presidency in 2019« in: *The Star-Ledger*, 01.01.2019.

*Summary*

The first midterm elections of Donald J. Trump led to an ideological balancing against the president. The Democrats won 40 seats and the majority in the House of Representatives. They also won seven governorships and six legislative chambers from Republicans in state elections around the country – although Republicans still control more governors mansions, legislatures, and states than Democrats. Voter turnout reached 50 percent, a new high for midterm elections, and a record 5,8 billion dollars were spent during the election season. Both benefitted Democrats. The election result can be interpreted as a referendum against a very unpopular president who abstained from exploiting the good economic situation to his advantage. Trump preferred to stoke up fears – of immigrants and China – and to mobilize his conservative electoral base. This strategy helped him win the Senate. The Senate majority provides Trump with an advantage for a potential reelection bid in 2020 in case that he won't be forced to resign before.

*Patrick Horst*, The U.S. midterm elections of 2018: A balancing of Trump with all-time records in turnout and spending – Democrats win the House, seven governorships and six state legislative chambers